

Bezugspreis:
Vierteljährl. 7,50 M., monatl. 2,50 M.,
frei im Haus, vorauszahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig.
Postbezug:
Monatlich 2,50 M., zzgl. Zustellungs-
gebühr.
Unter Abdruck für Deutschland u.
Österreich-Ländern 5,75 M., für das
übrige Ausland 6,75 M., bei
täglich einmaliger Zustellung 7,75 M.
Postbestellungen nehmen an:
Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Einzelnummern in die
Post-Zustellung freibleibend.
Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich
zweimal, Sonntag einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 23. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Standardzeilen
betragen 1,20 M. „Kleine Anzeigen“,
das ist die kleinste Zeile: 50 Hg. (zwei-
spaltig) 2 Zeilen (zwei- und vier-
spaltig) 25 Hg.
Stellungnahme und
Schlusszeilen betragen das erste Wort
40 Hg., jedes weitere Wort 20 Hg.
Storte über 15 Buchstaben zahlen für
jeweils 20 Hg.
Teuerungszuschlag 50%,
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen
1,20 M. die Zeile.
Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 3 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
SW. 68, Lindenstr. 3, abgegeben
werden.
Wochentage 3, abends bis
3 Uhr abends.

Arbeitsaufnahme im Ruhrrevier.

Boschum, 22. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Der Streik im Bergrevier Boschum ist als beendet anzusehen.
Mit Ausnahme einiger Zechen, die als ultraradikale Streikherde be-
kannt sind, wird am Mittwoch resp. Donnerstag im übrigen Revier
die Arbeit überall wieder aufgenommen werden.

Essen, 23. April. (L. II.) Aus dem Dortmund Revier
wird gemeldet, daß die Zahl der angefahrenen Bergleute ganz er-
heblich zugenommen hat und nahezu vollständig
angefahren ist. Die Zahl der Streikenden ist ganz gering-
fügig. Nur auf der Zeche „Schwerin“ ist die Zahl der Arbeitenden
zurückgegangen, infolge eines Belegschaftsbeschlusses und infolge
erneuter Aufwiegelungen seitens spaktalischer Elemente. Auch auf
der Zeche „Teutoburgia“ sind von der aus ca. 600 Mann be-
stehenden Morgenarbeit nur etwa 80 angefahren. Insgesamt
arbeiten jetzt 81 Zechen, 17 mehr als Sonnabend.

Rückgang der Streikziffer.

Essen, 22. April. In der Zahl der Streikenden im
Ruhrrevier ist wieder ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen,
sie betrug in der heutigen Frühzählung 82 002 gegen 100 834 am
Sonnabend.

Steigende Kohlenförderung.

Essen, 22. April. Zur Verkehrsfrage im Ruhrrevier teilt der
Bergbauverein mit: Bei dem allmählichen Rückgang des Ausstandes
hat die Förderung, nachdem sie den Tiefstand von 12 000 Tonnen
am 12. April überwunden hatte, in der Vorwoche wieder
etwas zugenommen, über 50 000 Tonnen auf den Tag ist
sie jedoch noch nicht wesentlich hinausgekommen, während das För-
derungsziel bei der jetzigen Belegschaftsziffer unter Berücksichtigung
der siebenstündigen Schichtdauer auf 300 000 Tonnen täg-
lich veranschlagt werden kann. Auch bei der Wogengestaltung
nimmt die Aufwärtsbewegung der Förderung folgend, ganz all-
mählich zu: Am 10. April wurden 5600 Wagen gestellt, an den
Freiertagen im Durchschnitt 1700, das ist etwa ein Fünftel der nor-
malen Tagesleistung. Der Wasserstand liegt jedoch noch ganz
daneben, denn sowohl die Rippelleistung in Duisburg-Nahort,
als auch der Bestand der Anwalgerden hat in der Vorwoche noch nicht
1000 Tonnen täglich betragen. Die heutige wesentliche Besserung
des Ausstandes läßt hoffen, daß Förderleistung und Ver-
sand in den nächsten Tagen wieder eine normale
Höhe erreichen.

Straßenbahnstreik in Oberfeld.

Oberfeld, 22. April. (II.) Die Straßenbahnangehörigen sind
in den Ausstand getreten. Die Schwebebahn hat wegen Kohlen-
mangel den Betrieb einstellen müssen. Im ganzen Wuppertale ist
einzig durch Wagen und Autos der Verkehr notdürftig aufrecht-
gehalten.

Hamburg unter Plündererherrschaft.

Hamburg, 22. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Wachende Plündererbanden, die fest organisiert sind, terrorisieren
die Stadt nun auch schon am hellen Tage. Sie kommen aus St.
Pauli, an der Grenze gegen Altona, versehen sich auf den Polizeiwachen
mit Waffen und rauben Lebensmittel- und andere Geschäfte
aus. Bisher ist Durchgreifendes gegen diese Banden nicht unter-
nommen worden.

Hamburg, 22. April. Die Karne der beiden Osterfeste nahm
auch heute ihren Fortgang. Bewaffnete Autos verteilten während des
Festmittags in St. Pauli Waffen und Munition an die Bevölkerung.
Daraufhin zogen 200 bis 500 Mann durch die Straßen, raubten
Passanten aus, kürzten einige Kleidungskammern
am Paulinenplatz und versuchten wieder, mehrere Wachen in ihren
Besitz zu bringen. Der Wache 15 in der Paulinenstraße wurde von
ihnen genommen.

Verstärkter Belagerungszustand
in Bremen.

Verbot der Zeitungen.

Bremen, 22. April. Laut L.-II. ordnete die Stadtkommandantur
mit Genehmigung des Senats an, daß sämtliche Tages-
zeitungen und periodischen Zeitschriften sofort ver-
boten werden. Flugblätter, Maueranschläge und Laufzettel anzu-
fertigen und zu verteilen ist ohne Genehmigung der Stadtkom-
mandantur strengstens untersagt. Mit Genehmigung des Senats
verhängte die Stadtkommandantur den verstärkten Belage-
rungszustand. Der Telefon- und Telegraphenverkehr ist für
Privatpersonen gesperrt. Amliche Gespräche und Telegramme sind
einzuführen und werden militärischerseits überwacht. Briefe sind
offen in die Postkästen zu werfen. Sämtliche Verkaufsstellen,
insbesondere alle Gast-, Schank- und Speisewirtschaften,
sowie Klubs und Theater sind sofort zu schließen. Jede ge-
werbliche Abgabe von Waren aller Art wird verboten. In der
Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens darf

sich niemand außerhalb seiner Wohnung auf-
halten. Sämtliche Schulen bleiben geschlossen. Frauen
und Kinder sind möglichst nicht auf die Straße zu
lassen. Aller öffentlicher Verkehr und Abergang wird eingestellt.
Verordnungsfälle bedürfen der Genehmigung der Kommandantur.
Gerichtliche Termine werden um eine Woche hinausgeschoben. Die
innere, genannt die Altstadt, ist militärisch abgesperrt worden.

Graf Brockdorff-Rantzau zur Frage
des Saargebiets.

„Wester Wille zur Verständigung.“

Wien, 22. April. Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau
hat dem Vertreter des „Neuen Wiener Tageblattes“ zu den Berichten
der Agence Havas über das Schicksal des Saargebiets erklärt,
Deutschland setze auf dem Wilson-Programm, das nichts von
einer Abstimmung über Gebiete sage, deren Zugehörigkeit außer-
halb jeder Erörterung stehe, und sehe keine Möglichkeit dafür, auch
nur zu erwägen, ob das Saargebiet der Kontrolle unterworfen
werden solle, von der Havas spreche. Es sei aber bereit, die Frage
eines wirtschaftlichen Ausgleichs mit Frankreich mit dem
besten Willen zur Verständigung zu prüfen. In Beant-
wortung der Frage, ob die Politik der Entente unter dem Druck des
öffentlichen Gewissens in den Westländern ihre gefährliche Bahn nicht
doch verlassen werde, wies Graf Brockdorff-Rantzau hin, daß die Entente
trotz ihres Anklämpfens und ihrer Wählererei gegen den Anschluß
Deutsch-Oesterreichs an Deutschland kein energisches „Nein“
spreche, da offenbar auch die bitterste Feindschaft sich scheue, die un-
widerstehlichen Triebkräfte des nationalen Gemein-
schaftslebens zu vergewaltigen.

Rotterdam, 22. April. Die „Times“ melden aus Paris:
Während eines Empfanges der amerikanischen Journalisten bei
Wilson erklärte der Präsident, er habe die berechtigten
Forderungen der Alliierten in Uebereinstimmung mit
seinen 14 Punkten gebracht. Der bevorstehende Frieden sei ein
Frieden, der die 14 Punkte Amerikas auch dem Feinde gegen-
über zur Geltung bringe.

Der Konflikt in Württemberg.

„Der Sozialdemokrat“ verboten.

Stuttgart, 22. April. Von zuständiger Stelle wird uns mit-
geteilt: In der Süddeutschen Volksbuchdruckerei, die auch das Or-
gan der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Stutt-
gart, „Der Sozialdemokrat“, druckt, ist in jüngster Zeit eine
Anzahl Flugblätter hergestellt worden, die zum Generalstreik und
zum gewalttätigen Sturz der Regierung aufforderten. Der Re-
dakteur hat sich geweigert, eine von der Regierung vor-
gelegte Erklärung zu unterzeichnen, daß im „Sozialdemokrat“
und in den sonstigen in der Süddeutschen Volksbuchdruckerei her-
gestellten Druckschriften weder zum gewalttätigen Sturz der Regie-
rung, noch zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Forde-
rungen auf dem Wege der Gewalt oder zum Generalstreik aufge-
fordert wird. Hierauf wurden auf Veranlassung der Staatsregie-
rung die Maschinen der Süddeutschen Volksbuchdruckerei durch Ent-
fernung von Maschinenteilen durch die Polizei unbrauchbar gemacht
und das Erscheinen des „Sozialdemokrat“ bis auf weiteres
verboten.

Der ungarisch-rumänische Krieg.

Die Stellung der Rumänen.

Budapest, 22. April. Die das ungarische Korrespondenz-
bureau meldet, hat die Räteregierung zum Oberbefehlshaber der
Armee jenseits der Theis den Volksbeauftragten Wilhelm Böhm
ernannt, der sich heute zur Übernahme des Kommandos in sein
Hauptquartier begibt. Zum Kommandanten der Kommissionen
hinter der Front ernannte sie den Volksbeauftragten Tibor Szan-
uelch, der etwaige gegenrevolutionäre Bewegungen im Kriegs-
gebiet niederschlagen sowie bei der Zivilbevölkerung und den
Truppen hinter der Front Ordnung und Murrendezucht sichern soll.
Volksbeauftragter Böhm ernannte zum Generalstabschef der Armee
jenseits der Theis dem Genossen Aurel Stromfeld.

Die Rumänen sind im Laufe des gestrigen Tages auf der
Linie Foghlaroly-Gr-Alhalyfalva-Boros-Tenoe stehen geblieben und
bleib im oberen Theistale bis Naghgoelocs vorgebrungen.

Verkehrssperre zwischen Budapest und Wien.

Wien, 22. April. Die Blätter melden: Den deutschösterreichischen
Staatsbahnen ist von Ungarn die Verständigung zugekommen, daß
der Personenverkehr Budapest-Wien und umgekehrt mit dem heu-
tigen Tage gesperrt wird. Dagegen ist im Güterverkehr eine
solche Verfügung bisher nicht erlassen worden. Auch der Verkehr
der Südbahn von Budapest nach Wien wurde mit dem gestrigen
Tage gesperrt.

Vermögensflucht in das Ausland

Von Fritz Juliusberger.

Schon seit längerer Zeit habe ich darauf hingewiesen, daß
die Maßnahmen zur Verhütung der Steuerflucht
völlig ungenügend sind. Die strafrechtlichen Vorschriften hier-
über sind nämlich nichts weiter als eine mechanische Kopie der
Vorschriften, die wir schon bisher in allen Kriegsteuergesetzen
hatten, ohne daß sich auch nur die Spur eines neuen Geistes
zeigt. Sinn und Inhalt der Strafbestimmungen läßt sich dahin
zusammenfassen: wer schießt, wird bestraft. Nun weiß aber jeder
Lehrling auf dem Gebiet des Finanzwesens, daß Strafen nur
eine ganz nebensächliche Bedeutung haben, und nur ein Finanz-
politiker, der sonst vielleicht Hervorragendes leisten mag, von der
Bijache des Dekretandanten aber keine Ahnung hat, kann im Ernst
glauben, allein durch Strafbestimmungen etwas Nennenswertes
zu erreichen.

Wenn man nun bedenkt, mit welchen Mitteln bisher ge-
arbeitet wurde oder richtiger nicht gearbeitet wurde, so kann man
sein Erstaunen um so weniger verhehlen, als der Reichsfinanz-
minister sich seinerzeit mit Worten einführte, die auch bei
kritischen Köpfen die Meinung aufkommen ließen, es werde sofort
etwas Durchgreifendes geschehen, um die Kapitalflucht ins Aus-
land zu verhindern. Leider ist nichts geschehen, absolut nichts.
Deutschland war das Land mit dem finanztechnisch besten Grenz-
schutz, und mag die Revolution auch in dieser Hinsicht manches
zerstört haben, der Ausbau der zolltechnischen Grenzeinrichtungen
und ihre scharfe Handhabung unter Berücksichtigung der
neuzeitlichen Prinzipien hätten Vorformnisse wie die geschehe-
nen unmöglich gemacht. Herr Schiffer hat nämlich offenbar
übersehen, daß es außer den Strafbestimmungen auch noch einer
Präventivpolizei bedarf, und zwar um so mehr, je
größer der Uebertretungsanreiz ist. Das Gesamtbild der Lage
deutet aber zwingend darauf hin, daß den großen Worten über
die beabsichtigten scharfen Maßnahmen nicht eine einzige Tat
gefolgt ist, und wenn man weiter kein Mittelchen fand, als aus
besonderen Fonds den Grenzbeamten Belohnungen zukommen
zu lassen, so war es allerdings höchste Zeit, die Ministerkoffer
zu packen.

Die Lage wird beherrscht durch die Tatsache, daß es heute
offenbar niemand gibt, der die Technik der Schieberungen
versteht. Auch das schrieb ich schon vor vielen Monaten, und die
neueren Erfahrungen haben mir leider recht gegeben. Statt
nun in Deutschland nach solchen Männern zu suchen, was doch
bei der Zahl der finanzpolitischen Schriftsteller mit einigen
Ideen nicht so schwer sein dürfte, schickt man jetzt eine Studien-
kommission ins Ausland, die dort untersuchen soll, wie es bei
den anderen mit der Steuerziehung steht. In der Tat ein
höchst merkwürdiges Verfahren! Sollte den Herren völlig ent-
gangen sein, daß die Hinterziehungsfragen im neutralen Aus-
land völlig anders liegen als bei uns? Oder hoffen sie, in
Neutralien besser zu erfahren als im Inland, wie es die Steuer-
schieber in Deutschland machen? Dann ist es schade um die
Reiseflosten.

Jedenfalls liegt in diesen beiden Tatsachen, dem Versprechen
von Belohnungen an die Grenzwächter und der geplanten Ent-
sendung einer Studienkommission in das Ausland, das Gesänd-
nis eines völligen Zusammenbruchs des Systems.
Man darf auch nicht warten, bis diese Kommission zurück sein
und einen dicken Bericht geschrieben haben wird, sondern es
kommt darauf an, gleich zuzugreifen. Besser zehn Belgriffe,
durch die die beteiligten Herrschaften wenigstens eingeschüch-
tert werden, als ein tatenloses Zuwarten, ein pflanzen-
weiches Gehenlassen.

Die Wurzel des Übels liegt allerdings nicht nur in der
Zentralstelle. Vieles liegt auch an den niederen Veran-
lagungsbehörden. Es gab mal eine Zeit, wo diese im
großen und ganzen sich durchaus kein A für ein U vorzuden
ließen. Aber die Kriegsverhältnisse haben auch hier alles auf den
Kopf gestellt. Das riesige Anwachsen der Geschäfte der Steuer-
verwaltungsbehörden, das Herausziehen der geschulten Beamten,
der Ersatz durch Neulinge, die der Fülle des Geschäftszuwachses
erst recht ratlos gegenüberstanden, haben dazu geführt, daß die
Steuerhinterziehungen geradezu groteske For-
men angenommen haben. Formen, die wirklich Stoff zu Auf-
spielen geben könnten. Wer im Leben steht, also die Finanz-
politik nicht nur aus Büchern und Bierreden kennt, der weiß,
daß es in Berlin zahlreiche Leute gibt, die von ihrer Privat-
wohnung aus Riesengeschäfte abwickeln, ohne auch nur die Tat-
sache, daß sie ein Geschäft betreiben, wenigstens der Gewerbe-
steuerbehörde zu melden. Unter diesen Schiebern gibt es wieder
solche, deren Geschäfte den Umfang einer mittleren Aktien-
gesellschaft erreichen. Ein Adreßbuchfabrikant hat unter Um-
ständen ein besseres Material zur Steuerveranlagung, als sie
das Riesenkataster der Direktion für die Verwaltung der direkten
Steuern darstellt. Wer zählt die Schieberungen, die mit frechem

Höchst durch die Ausnutzung der Mäde in den zehnjährigen Bestimmungen begangen wird, nach denen man zwar eine Wohnung polizeilich anmelden muß, nicht aber ein Geschäftsbüro. Bei Nebengeschäften führt in die Polizei aus anderen Gründen (Armenbezeichnung usw.) eine gewisse Kontrolle, aber der Eigentümer ist in jedem derartigen Zugriff vollkommen entlastet. Ein anderer, was ich erlebt habe, bestand darin, daß jemand ein ordnungsmäßig gemeldetes Geschäft in der Weise zum Steuerbetrug geeignet machte, daß sein Verzeichnis in einer ganz anderen Gegend lag und er so der Steuerbehörde eine Kleinheit seines Betriebs vorlegte, die wie eine graue Wolke die Verhältnisse umhüllte. Wie kann man in einer Großstadt erwarten, daß die Kommissionsmitglieder, die von den Rufen und Schreien der Schieber gemeinhin keine Kenntnis haben, hinter deren Schilde kommen? Diese ehrenwerten Leute arbeiten treu und brav, aber eine Erhöhung der Steuereinnahmen darf man von ihnen nicht erwarten. Das sagt der Verfassungsausschuß, die allerdings nach neuzeitlichen Gesichtspunkten ausgebildet werden müssen. Staatswissenschaftliche Fortbildungskurse, nationalökonomische Vorlesungen, Einführungen in die Technik der Buchführung, alles das ist recht schön und gut, hat aber gar nichts mit dem dringendsten Problem der Finanzpolitik der Gegenwart zu tun, nämlich der Erfassung der Einkünfte und Vermögen von Steuerzahlern mit dem Vorbehalt zu betragen oder doch mit der verschleierte Versteigerung im Unterbewußtsein, daß ein Betrag nichts ausmache. Unter Umständen kann z. B. die Zahl der Arbeiter viel wichtiger sein als die höchste Buchführung, und wie kann hier jemand liegen, wenn er Schmarbeiter hat oder an ganz verschiedenen Stellen arbeiten läßt. Eines der erstaunlichsten Phänomene ist es für mich immer gewesen, daß die Steuerbehörden z. B. das Material der Berufsvereinigungen und Krankenkassen anscheinend überhaupt nicht ausrechnen, auch nicht die Materialien, die sich bei den Gerichten anhäufen. Es gibt Leute, deren Steuern in keinem Verhältnis zu den von ihnen in entlegenen Orten angekauften Landhäusern stehen. Nicht ausgenutzt wird vor allen Dingen das Projektmaterial, also das, was mit der streitigen Gerichtsbarkeit zusammenhängt. Hier offenbart sich eine Fülle wertvollster finanzfiskalischer Gesichtspunkte, von deren Umfang offenbar niemand eine Ahnung hat, einmal weil die damit befaßten Juristen in der Regel keinen Sinn für die steuerlichen Auswirkungen solchen Materials haben, dann aber, weil offenbar noch niemand daran gedacht hat, die in den Prozessen bekannt gewordenen Tatsachen durch richtige Kombinationen auch noch zu anscheinend ganz entlegenen Feststellungen zu verwenden. Der vorgeladene Steuerpflichtige, der nicht ahnt, woher die Wissenschaft der Steuerbehörde kommt, der völlig im Dunkeln tappt, wird eher zu veranlassen sein, aus sich herauszugehen, als jemand, der klar überblickt, daß man nichts von ihm weiß.

Es ist natürlich völlig unmöglich, in der breiten Öffentlichkeit solche Dinge eingehend zu erörtern, man kann nur ein paar Probleme herausgreifen, und auch dann muß man sich, wie hier geschehen, auf eine Skizzierung in groben Strichen beschränken, um die Mäde nicht noch zu vergrößern. Jedenfalls dürfte der Zweck erreicht sein, zu zeigen, daß die Veranlagungstechnik angefaßt der heutigen Verhältnisse in den Kinderhäusern steht, und daß es anderer Köpfe als der bisher wahrgenommenen bedarf, um hier gründlichste Abhilfe zu schaffen. Studienkommissionen im Ausland braucht man dazu nicht.

Neue Verschärfung der Friedenspräliminarien.

Amsterdam, 22. April. Nach einer Meldung des „Telegraaf“ aus Paris beschloß der „Rat der Fünf“, in die Friedenspräliminarien einen Artikel aufzunehmen, der Deutschland die Entsendung militärischer Missionen nach dem Ausland verbietet und den Deutschen untersagt, in ausländischen Armeen Dienste zu nehmen.

Die Jodenbreestraat in Amsterdam.

Von Salomon Demdijer.

Kennt Ihr die Jodenbreestraat in Amsterdam? Zweimal sind meine Füße über ihre Steine geschritten, zweimal haben meine Augen die mit fremd gewordenen Brüder geschaute. Es war an einem heißen Sommermittwoch. Die Sonne brannte unbarmherzig, der Staub legte sich einem auf die Brust. Müde und schwer lag die Straße da. Die vor den Haustüren, auf Stufen sitzenden Bewohner sahen matt und müde aus. Von Zeit zu Zeit lächelte einer von ihnen seinem Nachbar zu: „Hier, der nur aus Neugierde kommt!“ Die konnten sie auch wissen, daß nicht Neugierde mich hertrieb, sondern daß mein Herz mit ihnen litt und blutete. An den Straßenecken herrschte trotz der Schwüle reges Leben. Junge und alte Männer redeten lebhaft und geschäftig, lachten, beobachteten das Leben ringsumher und löwigen. An Karntensweg standen mehrere Männer mit einer Karre, auf der Kleingewandte Gurten auf Brettern ausgebreitet lagen. Dicht daneben pral eine Frau mit lauter Stimme billige Kleider an. Eine Menge zerlumpter, verwehelter Kinder umstanden sie. Mühsam bedrängte sie in diesem Gang. Kinder wühlten im Schmutz, während ihre Mütter mit den Nachbarinnen im Gespräch verhielten auf den Nichtswollen saßen. Eine andere Kindergruppe bildete einen Kreis und hielt sich bei den Händen. Ein vorübergehender Junge warf eine Apfelsinenschale nach ihnen, eigentlich warien hier alle durcheinander. Argendso öffnete sich ein Fenster, aus dem eine Mutter ihrem Kinde etwas zurief. Der Sonnenhimmel schien die wirr durcheinander brausenden Stimmen emporganzichen. Die ganze Jodenbreestraat entlang reichte sich Laden an Laden, — Eier- und Geflügelgeschäfte neben feinen Galanteriegeschäften. Läden mit Auslagen, in welchen die verschiedensten Dinge wie auf einem Jahrmarkt nebeneinander lagen. Die ganze Straße war mit Brotkrumen, Papier und Apfelsinenschalen besät. Im Vorübergehen bemerkte ich manchmal hinter den Laden ein junges Mädchen, ein Kind in der Hand. . . . Wenn sie gerade den Blick erhebt und hinausguckt, konnte ich in den dunklen, träumerischen, wandelförmigen Augen ein wohlbekanntes Feuer sehen. . . . jenes Feuer, das von Mädchenräumen und aniger Sehnsucht nach Glück erzählt. . . . Eure Kräume werden euch nicht erfüllen. Ihr Mädchen der Jodenbreestraat! Ihr seid nicht genug, die Welt im Alltag zu durchschauen. . . . Bringen und Mitter, die sich in arme jüdische Mädchen verlieben, gibt es nicht mehr. Einmal, da ist es hergekommen, daß ein König von Spanien ein jüdisches Mädchen auf den Thron erhob — und König Maximilian von Preußen die Tochter eines jüdischen Schmiedes in seinen Armen hielt und ihr die schönsten Geheimnisse des Lebens aufschrieb. . . . Jetzt haben wir andere Zeiten, jetzt kommt es vor allem darauf an — eine Eurer Schwestern hat es mir verraten — zu einem Mann zu gelangen, der mehr als achtzehn Gulden wöchentlich verdient.

In einem anderen Gang befand sich ein Wolloptiker. Ein Vorber in der Uniform eines russischen Generals, einen hohen Stab in der Hand, stand vor der Tür und rief mit drohender

Was Deutschland zahlen muß.

Einzelheiten aus der Kommissionstagung.

Hase, 22. April. (D. R.) Aus London wird gemeldet: Hier liegen Einzelheiten über die Zahlung der Entschädigungssumme vor. Die Kommission der Friedenskonferenz, die sich mit der Feststellung des Gesamtbetrags der verfügbaren deutschen Entschädigungen in Gold, Silber und Wertpapieren zu beschäftigen hatte, schätzte den Gesamtbetrag, der innerhalb 18 Monaten bis zwei Jahren zur Verfügung stehen kann, auf 20 Milliarden. Davon sind 3 Milliarden 200 Millionen in bar verfügbar. Soweit die industrielle Lage in Deutschland gebessert wird, müssen die Zahlungen deutschseits allmählich fortgesetzt und gesteigert werden. Der Anzahlungsbetrag wird bekanntlich von einer internationalen Kommission festgesetzt werden. Man hat den Beschluß gefaßt, Deutschland zu einer Einfuhrbeschränkung auf ein Minimum zu zwingen und künftig hauptsächlich zu exportieren. Diese Politik hat, wie verschiedene Londoner Blätter betonen, die Gefahr, daß Deutschland durch diese große Produktion seine allgemeine Ausfuhr so steigern kann, daß es alle anderen Länder überflügelt. Die Kommission hat deshalb beschlossen, für die Ausfuhr gewisser Waren einen sehr hohen Preis festzusetzen.

Gegen den Gewaltfrieden.

Ein Aufruf der französischen Gewerkschaften.

Die Confédération Générale du Travail erläßt folgenden Aufruf:

An die öffentliche Meinung!
An die Arbeiter!

Vom August 1914 an bis zum November 1918 hat man uns gesagt und wiederholt, wir führten einen Krieg des Rechts. Diese Versicherung schloß in sich, daß der Friede den Völkern das Recht der Selbstbestimmung bringen und daß er auf der allgemeinen Abstraktion beruhen würde, der einzigen Maßnahme, welche die Liquidation der Kriegsschulden möglich machen könnte.

Heute bricht man mit diesem freilich abgelebten Versprechen. Unsere Diplomaten legen und das Projekt einer „Liga der Nationen“ vor, die nicht die „Gesellschaft der Nationen“ ist, wie sie die 14 Punkte des Präsidenten Wilson vorgezeichnet hatten. Diese 14 Punkte haben die Völker der ganzen Welt in ihrem Durst nach Gerechtigkeit mit Beifall begrüßt. Wir haben sie zu den unseren gemacht!

Die französische Arbeiterklasse, getreu ihrer Losung: „Krieg dem Kriege!“, erhebt sich gegen diese Schwärze des Friedens. Die Völker können nicht am Ende des Krieges dazu verurteilt sein, sein anderes Ziel zu haben, als die Bezahlung von Steuern, die dazu bestimmt sind, die Rüstungsbudgets ins Gleichgewicht zu bringen.

Auch die G. O. T. verdammt die Außenpolitik der Maschade, der politischen Zwangsmassnahme und bewaffneten Intervention. Sie ruft die Erinnerung wach an die Formel der französischen Revolution: „Jede Nation hat allein das Recht, sich Gerechtigkeit zu geben, das unüberwindliche Recht, sie zu ändern; einem fremden Volk mit Gewalt dieses Recht rauben zu wollen, heißt zum Feinde des Menschengeschlechts werden.“

Die G. O. T. widerlegt sich nachdrücklich einer Expedition nach Anghlan, einem verübenden Land, dem niemals eine amtliche Kriegserklärung zugestellt worden ist. Die Fortsetzung dieser Interventionenpolitik macht aus Frankreich die Schutzmacht der Privilegien und reaktionären Einrichtungen in allen Ländern. In dieser drückenden, ja entsetzenden Rolle kann sich die Arbeiterklasse, kann sich das französische Volk nicht hergeben.

Die Freiheit der Meinung und des Denkens, die zur Grundlage der Erklärung der Menschenrechte geworden ist, läßt die G. O. T. an die öffentliche Meinung, an das Gewissen der Gewerkschaftsverbände appellieren, um gegen diesen Stand der Dinge tatkräftig aufzutreten.

Die G. O. T. verdammt jede Fortsetzung des Krieges und fordert gebieterisch den Abschluß des wahren Friedens, dem alle Völker zustimmen können.

Verschärfung der Lage in Budapest.

Trotzdem die Nachrichten aus Budapest einander widersprechen, scheint sich doch Crates in Budapest entweder vorzuzubereiten oder bereits zugetragen zu haben. In telephonischen Gesprächen mit Budapest, die für Zeitungen noch abgewickelt werden dürfen, sind keine Nachrichten enthalten, da die dortigen Berichterstatter scheinbar wegen der Kontrolle der bolschewistischen Zensur und der drohenden Stellung vor das Revolutionärgericht für den Fall der Verbreitung unangenehmer Nachrichten jede Mitteilung über die tatsächlichen Vorgänge ablehnen müssen.

Die Lage in Bayern.

Der Kampf vor den Toren Augsburgs.

Augsburg, 22. April. Die Kommission und die von ihnen beauftragte Arbeiterstaffel der Vorstädte beharrten auch während des zweiten Feiertages in ihrer feindseligen Haltung gegen die Regierungstruppen. Den ganzen Tag über hielt die Schieberrol mit Unterbrechungen an.

Die Nacht zum Dienstag verlief ruhig. Am heutigen Vormittag begannen die Unterhandlungen mit den Arbeiterführern und Betriebsausschüssen im Rathaus. Die Arbeiter hatten mit dem Generalstreik gedroht. Dagegenüber behielt sich der Kommandeur der Regierungstruppen volle Handlungsfreiheit vor, falls seine Forderungen — Einstellung der Feindseligkeiten, Auslieferung der Rädelsführer und Abgabe der Waffen — nicht bis zu bestimmter Frist angenommen würden. Bis wir vernahmen, führten die Verhandlungen zur Annahme der vom Truppenkommandeur gestellten Bedingungen. Es bleibt abzuwarten, ob die Durchführung der angenommenen Bedingungen sich reibungslos und reiflos verwirklichen läßt. Die Regierungstruppen haben gestern und heute beträchtliche Verstärkungen erhalten.

Auf Seiten der Regierungstruppen wird die Zahl der Toten mit 10 angegeben. Oster-Sonntag wurden im Garnisonlazarett 17 Verwundete eingeliefert, von denen einer seinen Wunden erlag; es waren zumeist Würtemberger. Auf Seiten der kämpfenden Arbeiter ist die Zahl der Opfer noch nicht bekannt. Unter ihren Toten befindet sich der Soldatenrat Frank, der als Mitglied der unabhängigen sozialistischen Partei mit der Delegation in Bamberg war. Er wollte die Arbeiter zur Einstellung der Feindseligkeiten bewegen, doch traf ihn aus den Reihen der eigenen Anhänger ein Schuß, der ihn tot niederstreckte. Auch eine Anzahl unbeteiligter Zivilpersonen fiel der Neugierde zum Opfer. Der Straßenbahnverkehr ruht vollständig. Auch der Eisenbahnverkehr ist so gut wie eingestellt. Die großen Fabriksbetriebe liegen still. Das Gaswerk hat nur noch für zwei Tage Kohlen. Das Telefon ist für den Privatverkehr gesperrt.

Nürnberg, 22. April. (L.-A.) Ueber den Umschwung der Lage in Augsburg berichten Reisende, die heute nacht von dort in Nürnberg eintrafen: Die Nacht zum Montag ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. Trotz bestimmter Abmachungen über gegenseitige Waffenruhe wurde am Montag vormittag der Versuch gemacht, die sozialistischen Führer aus dem Untersuchungsgewandnis zu befreien. Im Anschluß daran kam es zu neuen Kämpfen. Die Regierungstruppen rückten wieder näher an die Stadt heran. Die Vorstädte Lechhausen und Wortach wurden mit Artilleriefeuer belegt. Mittags wurde von der Vorortstation Gesshofen ein letzter Zug in Richtung nach Nürnberg abgelassen, der viele Flüchtlinge nach hier brachte.

Die Kohlenkrise.

Einschränkung des Personenverkehrs.

Nürnberg, 22. April. Wegen Kohlenmangels muß, wie die Eisenbahndirektion bekannt gibt, ab 24. April der Personenverkehr auf den bayerischen Staatsbahnen eingestellt werden. Der Güterverkehr wird in notwendiger Weise aufrecht erhalten.

Auch die für den Regierungsbezirk Frankfurt a. M. angeordnete Einstellung des Personenverkehrs konnte bisher nicht aufgehoben werden.

Nachtspruch. Seine Frau, die von ihm geht, zwingt und erniedrigt er diabolisch. Dabei hat dieser besessene Raubbogel etwas von einem dialektisch bearbeiteten Künstler. Das Stück ist verkorktes Gedankenspiel und emporgewähltes Theater zugleich, schamlos und mit beiderseitiger Technik kombiniert, hier und da dem Expressionismus verwandt, mitunter dem Aktus ver schwäger. Man bereicherte ihm eine feine, liebevolle Aufführung. Aus intimster Stille kam ein Erich Dieckhoff (genisch) zugerufen. Es gab einen guten Erfolg.

A. S.

Der Kampf um die Münchener Kunstakademie.

Auch die kunstpolitischen Ereignisse in München überstürzen sich. Die Akademie der bildenden Künste wurde geschlossen, die Lehrer sind unter Fortzahlung ihrer Gehälter von ihrer Tätigkeit suspendiert. Dies geschah auf Veranlassung des Kunstlerates oder, wie die Freimantische „Kunstchronik“ meldet, des radikalen Flügel dieses Rates, der mit der Maßnahme dem inzwischen aufgewachsenen revolutionären Künstlerat zuvorkommen wollte. Der bisherige Künstlerat hat sich noch weiter verjüngt, einen Aktionsausflug geübt und hofft offenbar, Bestrebungen bereichert oder in richtigerer Bahnen lenken zu können, die der revolutionäre Künstlerat plant.

Die Besetzer der Münchener Künster Nachrichten“ wurden einige Tage — da das Blatt von der Regierung beschlagnahmt wurde — durch einige Holzschmitte von Woch erkreut, die gerade von den Arbeitern, die man jetzt mit Kunst füttern will, als heimliche Verleumdung aufgefaßt wurden. Arbeiter beschwerten sich deswegen bei dem Bevollmächtigten für Volksaufklärung Gustav Baumauer. Der eine Holzschmitte, mit dem Titel „Künstlerische“, zeigte einen recht nequivalenten satirischen Kopf, der andere war Beschlagnahme der bürgerlichen Wohnungen“ und zeigte einen Arbeiter, der mit ausgestreckten Händen auf den Hintergrund wies, wo futuristische Bürgerhäuser durcheinanderstammeln.

Auch die Münchener Kunstgewerbeschule rüht sich, die Studenten verlangen die vorläufige Säkularisierung und die Entlassung der Unfähigen unter den Lehrern. Die Künstlerstaffel München hat eine Vertretung im Ministerium angefordert erhalten. Den starken Einfluss, den die Künstler da ausüben können, suchen nun die Kunsthistoriker zu regulieren, indem sie einen kunstwissenschaftlichen Rat errichten haben und in Anknüpfung vom Ministerium genau so gehört zu werden verlangen wie die Künstlerstaffel.

Notizen.

— Vorträge. Pfarrer Dieter spricht am 28. April, abends punktlich 8 Uhr, in der Aula der Hl. Marien-Schule, Gebelstr. 2, Ede Reibnigstraße, Charlottenburg, über das Thema: „Der Segen der Arbeit“. Freie Aussprache. — Ueber „Studienfahrten zu deutschen Kunststätten“ beginnt Dr. Ernst Cohn-Wiener fünf Lichtbildvorträge der Humboldt-Hochschule am Donnerstag, 24. April, 8 Uhr abends, Friedrichstr. 126, Schinkelsaal.

— Elsa Hienjeff, die Dichterin, Max Ringers Gattin, wurde in Leipzig zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil sie in der Aufregung in ihrer Wohnung einen Gerichtsbeamten mit einer Grundpolizei schlug. Sie will gegen das Urteil Berufung einlegen.

„Der Motor.“

Die Hamburger Kammerspiele probierten die Wägenrollen des fünfaktigen Hans W. Fischer'schen Dramas „Der Motor“ aus. In Herrn Erdell, dem Deutschamerikaner-Mitarbeiter, finden sich wahrlich Impuls des Intellekts, fröhliche, grimassierende Verabschiedung der Nymphen, hahnübende Energie und destruktive Räte bekommen. Zeit und Infall scheint ein jeglicher seinem

Die Besetzung des linken Rheinufers.

Vom belgischen Sozialistenkongress.

Der belgische Sozialistenkongress in Brüssel hat, einer Neudemung zufolge, sich mit der Besetzung des linken Rheinufers befaßt und erklärt, daß diese Besetzung durch die Armeen des Völkerbundes erfolgen könne. Allerdings hat er daran die nicht-sagende Befähigung der Besetzung nicht geschmäht werden dürfen. Wer die wühlende Propaganda der Ententestaaten im Rheinlande für eine Abtretung dieses Gebietes vom Deutschen Reich kennt, der wird die völlige Bedeutungslosigkeit dieser Einschränkung erkennen können. Unsere belgischen Genossen können sich von der Art der deutschfeindlichen Propaganda überzeugen.

Der Sozialistenkongress stimmt in bezug auf die Luxemburgische Frage einer Entschlieung zu, die besagt, daß mehr als jemals die Arbeiterpartei treu an dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker festhalten müsse.

Ferner erklärte er sich in einer Tagesordnung mit dem System einer Union einverstanden, welche den Luxemburgern erlauben würde, im Rahmen des belgischen Staates eine weite Selbständigkeit zu behalten.

Ferner nahm der Kongress eine Tagesordnung an, in der die Aufstellung eines vollständigen sozialistischen Programms als Grundlage für die nächsten Wahlen erklärt und die Teilnahme der sozialistischen Minister an der Regierung bestätigt wird. Die nationale Wiederherstellung könne nicht zum Ziele haben, die unsichtbare Tätigkeit einer parlamentarischen Gruppe in der freien Verteidigung der Interessen des Proletariats anzutasten, noch dem unmittelbaren selbständigen Bestreben der Arbeiterklasse Eintrag zu tun, welches ebenso in politischer Beziehung wie hinsichtlich des Parteiwesens das höchste Ziel erreichen müsse.

Sperrung der österreichisch-ungarischen Grenze.

Wien, 22. April. Aus Wiener Neustadt wird gemeldet: Die ungarische Grenze ist bis an den Kordon abgesperrt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß Nachrichten von einem Anmarsch der aus Ungarn sühenden Roten Armee eingetroffen sind.

Kowno und Brest-Litowsk polnisch.

Wars, 22. April. (S. R.) Aus Paris wird gemeldet: Die Kommission für polnische Angelegenheiten hat beschlossen, Kowno und Brest-Litowsk an Polen zu geben.

Drohende Besetzung deutscher Häfen durch England.

Haag, 22. April. Aus London wird gemeldet: Es wird berichtet, daß die englische Flotte in der Ostsee bereit ist, die deutschen Häfen zu besetzen, wenn Deutschland seinen Plan, Lettland und Livland zu besetzen, nicht aufgibt.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien.

Wiesbaden, 22. April. (Z. N.) Der Staatskommissar für Oberschlesien hat bei der Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes für einen Teil der oberschlesischen Kreise beantragt.

Gezwungen gesehen . . .

Witunter reicht der „Freiheit“ der Stoff zur sittlichen Enttäuschung nicht aus, und dann sieht sie sich genötigt, geistige Kräfte beim „Vorwärts“ zu machen. Aber wenn sie von uns abdrückt, so müssen ja ihre Leser merken, was sie stets befreitet, daß nämlich auch der „Vorwärts“ Kritik an so mancher Erscheinung der Gegenwart übt und seine Leser sachlich unterrichtet. Darum beginnen solche Nachdrucke aus dem „Vorwärts“ regelmäßig mit der Wendung: „Der „Vorwärts“ steht sich gezwungen . . .“ Wir möchten nicht, wer uns zu der Feststellung gezwungen haben sollte, außer unserm eigenen Verantwortungsgefühl unserm Lesern gegenüber. Um die Sache aber glaubhafter zu machen, beschränkt die „Freiheit“, wie hätten einen Artikel einer hiesigen Korrespondenz abgedruckt, die den Konkurs der Bochumer Bergwerks-Gesellschaft sehr einseitig dem Streik der Arbeiter zur Last legt. Tatsächlich ist es uns gar nicht eingefallen, diese Notiz abzurufen. Wir haben im Gegenteil gleich beim Erscheinen der ersten tendenziösen W. Z. N.-Wendung über den Konkurs festgestellt, daß es sich um einen der am schwächsten fundierten Bergwerksunternehmungen handelt, aus dessen Niederbruch keine allzu weitgehenden Schlüsse auf die Besonnlage der Kohlenindustrie gezogen werden dürfen. Die Einzelheiten des Geschäftsvorganges ließen sich damals noch nicht übersehen.

Eine Unverschämtheit.

Muß man für Spartakus lügen?

Wir lesen in der Frankfurter „Freiheit“: „In den Berliner Prozessen gegen die Verhöferten der Januarwoche traten sogenannte Sozialdemokraten als Kronzeugen auf, die zum großen Teil Redakteure und Angestellte des „Vorwärts“ sind. Die Herren sagten aus ganz im Sinne der Anklage, so daß der anmerkende preussische Staatsanwalt keine helle Freude daran hatte. Zurückhaltung ist nicht geduldet, denn das welche regierungsfeindlich wirken und die Herren sind ja Teile der jetzigen Regierungsmaschinerie.“

Das ist die typische Methode. Tatsache ist, daß die betreffenden Angestellten und Redakteure des „Vorwärts“ als Zeugen unter Eid vernommen wurden und ihre Befundungen in Gemäßheit ihrer Eidspflicht wahrheitsgemäß gemacht haben. Daß sie für die angeklagten Spartakisten noch einen Meineid hätten riskieren sollen, ist wirklich etwas viel verlangt. Zurückhaltung war schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Verteidiger der Angeklagten durch eine Menge Kreuz- und Querfragen die Zeugen zwangen, alles bis ins Kleinste zu schildern.

Verführung der Öffentlichkeit. Unter dem Titel: „Einigung der Kriegsbefähigten“ können zwei Verbände, die Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbefähigter Soldat und die Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbefähigter Besitz, ihre Verschmelzung an. Es

handelt sich um zwei kümmerliche Organisationsplitter des in Trümmern gesunkenen gelben Arbeiterverbandes mit so geringer Mitgliederzahl, daß auch beide zusammengekommen in der Kriegsbefähigten-Bewegung keine Rolle spielen. Bedauerlich ist nur, daß zur Verbreitung derart irreführender Meldungen das W. Z. N. sich hergibt.

Der Deutsche Frauenbund legt Wert auf die Feststellung, daß seine eigene Vorsitzende, Frau von Dewig, nicht ein Mitglied des Nationalverbandes deutscher Offiziere jenseits der Grenze in der Wehrhochschule geleitet hat, in der die Unempfindlichkeit der Schwarz-weiß-roten Fahne gegen Schmutz festgestellt wurde. Wenn der Deutsche Frauenbund allerdings in dem an uns gerichteten Schreiben behauptet, der Nationalverband deutscher Offiziere habe mit jener patriotischen Kundgebung nichts zu tun gehabt, so bitten wir um geist. Auskunft darüber, wie denn der Name dieses Verbandes unter die angenommenen und in der „Post“ abgedruckte Entschlieung kommt. Ganz ohne die Mitwirkung der beteiligten Simplitzsimus-Deutnants scheint es doch nicht gegangen zu sein.

Die wahren Christen des Gummertors. Mit Stolz teilt der Kreisanzeiger von Groß (Kommern) mit, daß in der Gemeinde Gummertor eine Protestkundgebung gegen die Abtretung des linken Rheinufers und gegen die „jüdische Regierung“ die Unterschrift fast aller Erwachsenen gefunden habe. Anschließend wird gemeldet, daß auf die Bitte um Aufnahme von Groß (Kommern) Kindern für 2 bis 3 Monate kein niemand an Orte dazu bereit gefunden hat. — Wer zweifelt nun noch an der wahrhaft christlichen Bestimmung der Gummertorer!

Die Siemensangestellten versammelten sich gestern früh im Jekus Busch, um zu den letzten Vereinbarungen Stellung zu nehmen. Über 7000 Angestellte füllten den Raum und brachten nach verschiedenen Referaten einmütig ihre Meinung dahin zum Ausdruck, die Arbeit wieder aufzunehmen. In das vom Versammlungsleiter auf die Solidarität zwischen Hand- und Kopfarbeitern ausgebrachte „Hoch“ stimmten die Versammlungsteilnehmer begeistert ein. Sodann wurden zwei Entschlieungen angenommen, in denen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen und die Wiedereinstellung des freilich entlassenen Obmanns Artl gefordert wird.

Reichskonferenz der sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen.

Auf der Reichskonferenz der sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen hielt das erste Referat Lehrer Hellmann-Hamburg, Mitglied der Nationalversammlung, über die Stellung der sozialdemokratischen Lehrerorganisation zu den bestehenden Lehrervereinen. Der große deutsche Lehrerverein sei und bleibe die berechtigende Berufsorganisation der Lehrerschaft. Ihn wollten auch ferner die sozialistischen Lehrer angehören und seine sozialpolitische Tätigkeit durch eigene Mitarbeit zu vertiefen suchen. Auch in die zu erreichenden Lehrerräte müßten so viel sozialistische Lehrer als möglich hinein. Eine Entschlieung im Sinne des Referats wurde einstimmig angenommen.

Professor Dettlich sprach über das Thema: „Der sozialistische Lehrer in der Schule“. Der sozialistische Lehrer müsse vornehmlich werden. In der Schule müsse ein neuer Geist hinein, besonders in den Geschichtsunterricht. Jede Klasse sei zu einer Gemeinschaft auszubilden. Ebenso sei die Elterngemeinschaft nach amerikanischem Muster zu erstreben. In den angenommenen Beschlüssen wird u. a. folgendes gefasst:

„Der sozialistische Lehrer darf in der Schule und in seiner sonstigen Amtstätigkeit keine Parteipolitik treiben. Mit Verständnis jede Weigerung während und nach dem sozialistischen Lehrer durch die Verantwortlichkeit seiner Persönlichkeit, seiner Pflichterfüllung und Gerechtigkeit seiner Lebensauffassung und Lebensführung einen überzeugenden Beweis für die Fortschrittlichkeit seiner Parteigründungs- und Ziele anzutreten. Der sozialistische Lehrer ist ferner dazu berufen, durch sein amtliches Wirken Aufbau und Geist des Unterrichts- und Erziehungswezens im Sinne der Volksgemeinschaft zu beeinflussen, daß die bisherige Vorbereitung für den „Kampf ums Dasein“ ersetzt oder doch ergänzt wird durch die „Erziehung zur gegenwärtigen Hilfe“.

Über „Die sozialistischen Lehrer als Staatsbürger“ sprach Heinrich Schulz. Von den Lehrern erwartet die Partei außerordentlich viel. Es fehle uns bisher an Kräften, die mit der Beharrlichkeit berufsmäßig vertraut sind. Jetzt müssen sich die Lehrer durch eingehendes Studium unserer wissenschaftlichen und politischen Schriften mit dem Wesen und Wollen des Sozialismus vertraut machen. Dann aber sollen sie als Vorwärtsgenossen bald wieder Lehrer werden im Dienste des Sozialismus durch Abhaltung von Vorträgen und Kursen und andere unterrichtliche Veranstaltungen. Besonders sind sie berufen zur Mitarbeit in unserer Jugend- und Bildungsbewegung. Ein besonders wertvoller Helfer für uns kann

der Lehrer auf dem Lande

werden. Leider ist er dort noch zu sehr den sogenannten Autoritäten ausgeliefert, die nicht alle auf einmal beseitigt werden können. Wir müssen ihn daher stützen durch unsere neue Lehrerorganisation. Der Lehrer auf dem Lande muß dort für alle vorwärtstreibenden Elemente das werden, was bisher leider sehr oft im umgekehrten Sinne der Parole gewesen ist. Die Arbeitergemeinschaft der sozialdemokratischen Lehrer solle nicht eine besondere Lehrervereinigung innerhalb der Gesamtpartei schaffen, sondern die Lehrer für die besonderen Aufgaben zusammenfassen, die sie im Interesse der Partei zu erfüllen haben.

In der Diskussion wurde allgemein die Unzufriedenheit der Lehrer mit der bisherigen Entwicklung der Dinge auf dem Gebiete des Schulwesens zum Ausdruck gebracht. In den einzelstaatlichen Kultusministerien herrsche trotz der sozialistischen Minister immer noch sehr viel Antipathie der konservativen Geist, der durch die immer noch anhaltenden alten Geheimräte vertreten werde. Im Lande sei es noch schlimmer: die Provinzial- und Kreisoberbehörden sowie die Schulinspektoren drangsalierten die Lehrer wie früher. Alle schönen Verordnungen blühen nichts, wenn nicht überall neue Männer in die Verwaltung hineinkommen. Der einstimmige Wunsch der Konferenz ging dahin, daß hierin schnell und gründlich Wandel geschaffen werde. Weiterhin wurde von mehreren Rednern die Aufstellung eines sozialistischen Schulprogramms und eine nachhaltige Förderung der Arbeiterkraft über Schulfragen gefordert. Ebenso sei die Herausgabe geeigneter, im sozialistischen Geiste gehaltenen Lehrbücher für die Schule, besonders für den Geschichtsunterricht, notwendig.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, ob in die neue Lehrerorganisation nur Mitglieder der sozialdemokratischen Partei oder auch Mitglieder der anderen sozialistischen Richtungen aufgenommen werden sollten. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß das Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen und Kommunisten in bereits bestehenden sozialistischen Lehrervereinen bisher nicht zu Ungünstig-keiten geführt habe. Demgegenüber wurde von anderer Seite festgestellt, daß man doch nicht dauernd zusammenarbeiten könne, da immer wieder Diskussionen und Beschlässe über allgemeine politische Fragen verlangt würden, die in eine solche Lehrerorganisation nicht hineingehörten. Die Konferenz nahm einstimmig einen Satzungsentwurf an, wonach die Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen die kollegiale Zusammenfassung aller auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei Deutschlands lebenden Lehrer und Lehrerinnen aller Schulstufen anstrebt. Voraussetzung der Mitgliedschaft ist Zugehörigkeit zur Parteigrundorganisation des Wohnorts. Um aber den Bereich der sozialen sozialistischen Lehrervereinen, die Mitglieder

aller Richtungen aufnehmen, keine Schwierigkeiten zu machen, wurde zugleich beschlossen, daß die Mitglieder der Arbeitergemeinschaft zugleich Mitglieder eines allgemeinen sozialistischen Lehrervereins sein können.

Ebenso einstimmig wurde die Herausgabe einer wöchentlich erscheinenden sozialdemokratischen Lehrzeitung beschlossen.

Am 1. Vorsitzenden der Arbeitergemeinschaft wurde einstimmig Heinrich Schulz gewählt. Außerdem gehören dem Vorstand an Lehrer Hübenner, Lehrerin Niedger, Professor Dettlich, Dr. Lohmann und Universitätsprofessor Heinrich Cunow.

Kreis-Konferenz für Niederbarnim.

Am Dienstag fand eine Kreis-Konferenz der sozialdemokratischen Parteigrundorganisation des Kreises Niederbarnim statt. Genosse Wissehl hielt einen Vortrag über die politische Lage. Er sagte unter anderem, es sei unzutreffend, wenn behauptet werde, die Regierung habe sich zur geschlichen Besetzung des Radebühmens erst durch die Massen drängen lassen. Der Radebühnen habe sich erst in letzter Zeit weiterentwickelt, und zu voller Klarheit habe er sich bis jetzt noch nicht entwickelt. Ein Gedanke könne aber erst dann einen Niederschlag in der Gesetzgebung finden, wenn er eine gewisse Klarheit erreicht habe. Die Regierung sei der Meinung, daß die Kammer der Arbeit in unserem Wirtschaftsleben Nützlich leisten könne, und daß eine solche Einrichtung unumgänglich nötig sei. Der Gedanke der Sozialisierung sei unauflösbar, aber jetzt, wo unser Wirtschaftsleben völlig darniederliege, würde die Sozialisierung ungeheure Schwierigkeiten bereiten. Soweit es möglich sei, werde die Sozialisierung durchgeführt. Träger der Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens müsse die Arbeiterschaft sein. Deshalb sei eine Organisation auf dem Boden der Selbstverwaltung nötig, die den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht gewährt. Die erste Voraussetzung, unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, sei die Einsicht, daß gearbeitet werden müsse, damit wir Auswärtigprodukte bekommen, wofür wir die uns so notwendigen Rohstoffe vom Auslande einführen können. — Der Vortrag fand allgemeinen Beifall.

Die Konferenz vollzog hierauf folgende Wahlen zum Bezirksvorstand: Vorsitz: Schwarzburger und Rehmann. Bildungsausschuss: Dornick, Jakobson und Goldmann. Frauenausschuss: Genossinnen Scheidenhauer, Matzke und Weich.

Die Konferenz besprach die Vorbereitungen für die einseitige Gehaltserhöhung der Kaiserin und nahm dann Stellung zu den Kreiswahlen, die am Sonntag, den 4. Mai, in den Orten stattfinden, welche die Abgeordneten direkt (also nicht durch die Gemeindevertretungen) wählen. Es wurde eine rege Agitation befohlen mit dem Ziele, möglichst viele Sozialdemokraten in den Kreisrat zu bringen und, wo praktische Erfolge davon zu erwarten sind, die Listen der beiden sozialdemokratischen Parteien zu verbinden.

Gefunden: Auf der Konferenz eine Briefschleife. Abgeholt bei H. Müller, Lindenstr. 2, Hausverwaltung.

Sitzung des Vollzugsrats Groß-Berlin.

Die Spandauer Werkstätten.

Uns geht nachfolgender offizieller Bericht vom Vollzugsrat zu: Der Vollzugsrat hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten die Genossen Richard Müller und Fritz Prolat, zum Schriftführer Genosse Lange, zum Kassierer der Demokrat Nober gewählt wurden.

Einem Beschlusse der Vollversammlung der S. u. S. Räte entsprechend hatte sich der Vollzugsrat mit der Einleitung einer Untersuchungskommission für die Angelegenheit in Folge des Streiks zu beschäftigen. Zur Erledigung dieser Angelegenheit wurde eine Kommission, und zwar die Genossen Marx, Lange und Amend, gewählt.

Es erschien eine Kommission der Arbeiter und Angehörten der Gewerkschaften Spandau und erhaltete Bericht über die Maßnahmen, die von dem Kriegsministerium getroffen worden sind. In Spandau waren vor Ausbruch der Revolution 180 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt; die Belegschaft der Werke ist abgebaut worden und gegenwärtig sind noch 60 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Der Arbeiterrat hat sofort nach Ausbruch der Revolution sich bemüht, Arbeit für Friedensproduktion zu erhalten. Seine Bemühungen sind gescheitert an dem passiven Verhalten der zuständigen Reichsbehörde. Die Bemühungen der Angestellten und technischen Beamten, den Betrieb zur Friedensproduktion auszugestalten, sind auf Widerstand bei der Betriebsdirektion gestoßen. Diese hat derartige Besuche direkt verboten. In Spandau lagerte ungeheure Mengen Material, die zugrunde gehen, da sich niemand darum kümmert. Das aufgeschapelte Heeresgut müßte abgebaut und den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens zugänglich werden. Insbesondere könnte der ungeheure große dort lagernde Fuhrpark (Autos, Wagen usw.) instand gesetzt und dem Verkehr zugeführt werden. Das Feuerwerks-Laboratorium, das sich vorwiegend mit Feilmechanik beschäftigt, könnte leicht fehlende Produkte dieser Branche herstellen, die eocent als Exportprodukte in Frage kommen. Trotz der vorhandenen Möglichkeit, den Betrieb aufrecht zu erhalten und die Produktion für den Friedensbedarf umzustellen, sollen Arbeiter und Angestellte entlassen und die Betriebe geschlossen werden. Die Regierung trage sich mit dem Gedanken, unter Hinzuziehung von Unternehmern die Betriebe der Herstellung umzugestalten. Die Arbeiter und technischen Angestellten werden dabei ausgeschaltet. Dieses Verhalten der Regierung, insbesondere des Kriegsministeriums, hat ungeheure Erregung unter den Arbeitern und Angestellten ausgelöst. — Der Vollzugsrat wählte eine Kommission, die sofort mit Vertretern der Arbeiter der Spandauer Gewerkschaften bei den zuständigen Stellen vorstellig werden soll, damit die getroffenen Maßnahmen zurückgezogen werden.

Des weiteren erhielt eine Kommission des Bekleidungsamtes des S. u. S. Korps, die über folgenden Punkt mit dem Vollzugsrat verhandelte: Der Arbeiterrat des Bekleidungsamtes ist auf Veranlassung des Reichswehrministers Rasche abgesetzt, eine Neuwahl angeordnet und auch tatsächlich vorgenommen worden. Der Vollzugsrat hat gegen diese Maßnahme des Reichswehrministers bereits Einspruch erhoben. Auch der Zentralrat hat sich diesem Einspruch angeschlossen. Bis jetzt ist noch keine Antwort eingegangen. Der auf Veranlassung des Reichswehrministers von einem geringen Bruchteil der Belegschaft des Bekleidungsamtes gewählte Arbeiterrat wird vom Vollzugsrat nicht anerkannt.

Des weiteren ist auf Befehl des Reichswehrministers die Ausrüstung der streikenden Arbeiter von deren Entlassung verfügt worden. Der Betrieb soll mit den nicht am Streik beteiligten Arbeitern weitergeführt werden. Diese Maßnahme des Reichswehrministers muß in der gesamten Arbeiterkraft einen Sturm der Entrüstung auslösen. Der Vollzugsrat soll sich genötigt, sofort eine Kommission zu wählen, die mit Herrn Rasche verhandelt, um die Gründe zu erfahren, die ihn veranlassen, derartige die Arbeiterschaft demütigende, zu neuen Konflikten führende Maßnahmen zu treffen.

Industrie und Handel.

Die Ablieferung ausländischer Wertpapiere.

Infolge des Streiks bei einer Reihe von Banken ist es nunmehr erforderlich geworden, die Frist für die Ablieferung und für die Anmeldung ausländischer Wertpapiere weiter zu erstrecken, und zwar ist als letzter Termin der 5. Mai 1919 bestimmt worden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Befreiung der ausländischen Wertpapiere zur Gewinnung von Zahlungsmitteln für die Einfuhr von Lebensmitteln dringend erforderlich geworden ist und daß die Nichterfüllung der durch die Veranlassung geschaffenen Verpflichtungen für die Eigentümer der Wertpapiere oder ihre gesetzlichen Vertreter, Bertwörter von Vermögenswerten, Genossenschaftliche, Pfandgläubiger Strafen und sonstige Vermögensnachteile nach sich zieht.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Abbruch des Bankbeamtenstreiks.

Berlin, 22 April. (Z.-M.) Die Zentralleitung teilt der „Telegraphen-Union“ folgendes mit: In allen Betriebsversammlungen der im Zustande befindlichen Banken wurde heute morgen beschlossen, den Streik abzukündigen, jedoch ist der Streikabbruch nur als ein Waffenstillstand im Kampf um die aufschließlichen Forderungen zu betrachten, da der bis 15. Juni zustande zu bringende Tarifvertrag nur dann angenommen wird, wenn die Bankleitungen ihre allseits bekannten Zusagen in der materiellen Frage auch tatsächlich erfüllen werden.

Politische Maßregelung.

Das brutale und rücksichtslose Hinüberwerfen von Gewerkschaftsangehörigen, wie es bereits in Bremen, Leipzig und Berlin stattgefunden hat, macht Schule. In der letzten Generalversammlung der Verwaltungsstelle Kommande-Ratsdam des Deutschen Metallarbeiterverbandes gab der Geschäftsführer Genosse Pawlowitsch seinen Geschäftsbericht. Niemand habe an der Geschäftsführung etwas zu bemängeln oder zu kritisieren. Beim Punkt: „Stellungnahme zum Gewerkschaftsstreik“ wurde auf die Generalkommission, die Gewerkschaftsverbände, die Arbeitsgemeinschaft usw. schon wieder losgeschimpft. Als Kandidaten wurden von unabhängiger Seite J. Gütz (M. S.), W. Schulz (M. S.) und J. Witzke (Kommunist) vorgeschlagen und auch hinterher gewählt. Genosse Pawlowitsch machte darauf aufmerksam, daß der ganze Bezirk mit 25 000 bis 30 000 Mitgliedern nur drei Delegierte zu wählen habe und es doch sicherlich in den anderen Verwaltungsstellen Anstöße erregen müßte, wenn eine Verwaltungsstelle, die noch nicht den gehörigen Teil der Wähler umfasse, die Gesamtzahl der Delegierten in Vorhinein bringe. Die Unabhängigen und Kommunisten ließen sich nicht beirren. Die drei Kandidaten erhielten von 154 abgegebenen Stimmen die Mehrheit. Eine Resolution scharfster Fassung gegen die Generalkommission wurde angenommen.

Hierauf stand ein Antrag Witzke, die Stelle des Geschäftsführers auszuscheiden, zur Verhandlung. Pawlowitsch gab eine Schilderung der Vorgeschichte dieses Antrages. In einer Versammlung, in welcher P. nicht anwesend war, wurden die Gewerkschaftsangehörigen und mit ihnen auch P. beschimpft. P. beantragte sofort eine Besprechung der Ortsverwaltung, um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Das geschah. In dieser Sitzung nahm der Beleidiger alle Neuerungen unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Damit war eigentlich der Antrag erledigt, wie dies auch der Antragsteller selbst zugab. Es konnte auch keiner der Redner an der gewerkschaftlichen und geschäftlichen Tätigkeit etwas aufsetzen, aber — Pawlowitsch ist Reichheitssozialist! Ein Redner erklärte, daß ein Reichheitssozialist Arbeiterinteressen nicht vertreten könne, er vertritt nur den Kapitalismus und Militarismus. Witzke sagte, daß sich ein Geschäftsführer wohl aber über den politischen Ansichten der Mehrheit anpassen müsse. Die Arbeiterklasse dränge in der Politik nach links und dem müßten die Angestellten folgen. Pawlowitsch erwiderte, daß er dann, je nachdem die politischen Strömungen wechseln, heute Reichheitssozialist, morgen Unabhängiger, demnächst Kommunist und sonst weiß was sein müsse. Das lehne er ab. Seine politische Stellung basiere auf seiner Ueberzeugung und keine Stelle oder Erwerbsmöglichkeit, sie möge noch so gut honoriert sein, sei ihm dafür feil. Wenn die Mitglieder eine Weiterführung als Geschäftsführer haben wollen, so mögen sie sich eine solche wählen, als Schaufelmann eigne er sich nicht.

Einige Unabhängige traten temperamentvoll für Pawlowitsch ein. In seiner Tätigkeit als Gewerkschaftler siehe P. völlig einwandfrei da. Sie selbst, welche Mitglieder der Ortsverwaltung waren, können dieses aus eigener Wahrnehmung bezeugen. Daß P. an seiner politischen Auffassung festhalte, bedauern auch sie, aber es sei doch nur ehrenhaft für P., daß er seine politische Stellung nicht im Handumdrehen oder aber, um sich seine Stellung zu erhalten, wechsle. Nunmehr fehlte ein wütendes Geschimpfe der Kommunisten gegen die Unabhängigen ein. Ein Tumult entstand, wie er in den Versammlungen der Metallarbeiter am Orte noch nie da war. Pawlowitsch machte die Streitenden darauf aufmerksam, daß er doch eigentlich das Karrikatur sein solle. Schließlich wurde ein Antrag eingebracht, darüber abzustimmen: „Ob Pawlowitsch — als Reichheitssozialist — noch länger das Amt als Geschäftsführer der Verwaltungsstelle bekleiden könne.“ Mit 78 gegen 29 Stimmen (von 110 abgegebenen Stimmzetteln) wurde beschlossen, daß P. nicht mehr Geschäftsführer sein könne. Eine Kommission, welche die Ausschreibung der Stelle in die Wege leiten soll, wurde gewählt.

Auch dieses Abstimmungsergebnis beweist, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsangehörigen diesem von unabhängiger und kommunistischer Seite geschürten Streit teilnahmlos gegenübersteht. Den meisten gewerkschaftlich organisierten Arbeitern widerstrebt es, die Gewerkschaftsbewegung zum Tummelplatz politischer Demagogen herabzuwürdigen zu lassen. Wir begreifen diese Stellung wohl, gleichwohl halten wir es für verfehlt, die Organisation gerade denjenigen zu überlassen, die nicht selten am allerwenigsten an deren Aufbau mitgewirkt haben. Es wird unter Umständen für jeden, der nicht will, daß jahrzehntelange mühselige Organisationsarbeit durch unbedenkliche Hände vernichtet werden soll, zur heidnischen Pflicht, jetzt auf dem Posten zu sein und die Organisation vor dem Zerfall zu bewahren.

Zum Streit der Angestellten in den Kauf- und Warenhäusern

wird und noch folgendes berichtet: In einer am 7. April vor dem Einigungsamt des Kaufmannsgerichts unter dem Vorsitz des Magistratsrats von Schulz stattgefundenen Verhandlung wurde dem Einigungsamt in Bezug auf die Entlohnung der unteren Angestellten ein Vorschlag unterbreitet, und den Arbeitgebern anheimgegeben, an der Hand dieses Vorschlages auch eine Regelung der Gehälter der übrigen Gruppen vorzunehmen. Bezüglich des Mitbestimmungsrechts der Angestellten bei Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen waren die Arbeitgeber der Ansicht, daß der gesetzlichen Regelung nicht vorzuziehen werden soll. Das Einigungsamt konnte deshalb einen Vorschlag in dieser Hinsicht nicht unterbreiten.

Es haben dann Verhandlungen seitens des Arbeitgeberverbandes mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und dem Gewerkschaftsbund stattgefunden, in denen auch über die Frage des Mitbestimmungsrechts beraten wurde, weil der Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in der Sitzung des Einigungsamtes bereits erklärte, daß die Frage des Mitbestimmungsrechts sich von der Gehaltsregelung nicht trennen lasse. In der besonderen Besprechung der Arbeitnehmer stellte der Vertreter des Zentralverbandes die einmütige Auffassung aller Angestelltenvertreter, also auch der des Gewerkschaftsbundes dahingehend fest, daß in Bezug auf das Mitbestimmungsrecht für die Angestellten der Kauf- und Warenhäuser die Vereinbarung getroffen werden solle, die in der Brauereibranche bereits festgelegt war. Dort hatte man das Mitbestimmungsrecht der Angestellten für die Dauer des Tarifvertrages festgelegt. In der gemeinsamen Sitzung mit den Arbeitgebern hielt es der Vertreter des Gewerkschaftsbundes für richtig, entgegen seiner vorherigen Stellungnahme den Arbeitgebern im Einzelhandel zu konzedieren, daß das vertraglich festgelegte Mitbestimmungsrecht bei Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes automatisch außer Kraft treten solle. Diese Stellungnahme wurde seitens der Angestellten als ein Verrat an ihren Interessen empfunden und es blieb ihnen bei der Weigerung der Arbeitgeber, ihren Wünschen auf Regelung des Mitbestimmungsrechtes für die ganze Vertragsdauer zu entsprechen, nichts anderes übrig, als den Kampf um ihre Forderungen aufzunehmen. Der Gewerkschaftsbund verurteilte das Vorgehen des Zentralverbandes als unberechtigt darzustellen. Die Angestellten folgten in dessen der Parole des Zentralverbandes und traten in den Streik. Durch das Verhalten des Gewerkschaftsbundes und seine Auskunftsverteilung wurden die Mitbestimmungsrechte in die Reihen der Angestellten getragen, und die geeigneten waren, die Bewegung der Angestellten zu schädigen, und das Vertrauen zu den Führern zu erschüttern. Es gelang indes dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, die Angestellten über die wahre Sachlage aufzuklären und die Geschlossenheit der Angestellten aufrechtzuerhalten.

Auf Veranlassung des Vollzugsrates fand nun am Karfreitag eine Sitzung des Arbeitgeberverbandes im Einzelhandel mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen über die Forderungen der Angestellten statt. In dieser Verhandlung ließ der Vollzugsrat darüber keinen Zweifel, daß er lediglich den Zentralverband als die Interessenvertretung der Angestellten anerkenne und daß er sich weigere, einer Verhandlung beizuwohnen, in der der arbeitsgewerkschaftliche oder ähnliche Gebilde vertreten wären. Die Arbeitgeber kamen denn auch in der weiteren Verhandlung zu einer Verständigung mit dem Zentralverband auf der Grundlage, daß über das Mitbestimmungsrecht bei Inkrafttreten des Gesetzes erneut zwischen den Parteien verhandelt werden soll und daß die Arbeitgeber sich dafür einsetzen werden, daß bei der Regelung der Lohnfrage für die fixierten Gruppen sie den Wünschen des Zentralverbandes nachkommen werden. Die Fortsetzung der Beratungen des Tarifs soll bereits in der nächsten Woche stattfinden.

In Bezug auf den Geschäftsbereich des Kaufmannsgerichts erklärten sich die Arbeitgeber bereit, für seine Wiedereinführung in ihren Kreisen zu wirken. Maßregelungen werden nicht vorgenommen. Daraus haben die Angestellten, wie bekannt, die Wiederaufnahme der Arbeit befreit. Die Angestellten mögen aus dem Verlauf dieses Streiks erkennen, daß ihre wahre Interessenvertretung gegeben ist im Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Die Gewerkschaften und der 1. Mai.

Von Genossen Kochowski, Angestellter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, werden wir um Aufnahme folgender Zusätze gebeten:

In der Nr. 173 der „Freiheit“ vom 10. 4. ex. Abendausgabe wurde mir in einer Notiz mit der Überschrift: Die Gewerkschaftsbeamten und der 1. Mai, der Vorschlag gemacht, daß ich mich in einer Versammlung der Gemeindearbeiter von Treptow gegen die Maifeier gewandt habe. Eine Entgegnung, die ich der „Freiheit“ am folgenden Tage mit der Überschrift: „Verschiedenes“ zu geben ließ, ist bis heute nicht erschienen.

Ich erkläre hiermit folgendes: Bei Festsetzung der Tagesordnung für die betreffende Versammlung sagte ich dem Sekretarleiter von Treptow, daß es aus politischer Rücksicht besser wäre, die Maifeier nicht als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ferner teilte ich ihm mit, daß ich unter „Verschiedenes“ die Maifeier behandeln werde, womit er einverstanden war. In der Versammlung selbst wurde nach Erledigung des ersten Punktes die Maifeier behandelt. Zum letzten Thema sprach ein Gemeindevorsteher von Treptow. Bedauerlicherweise scheint der Herr seine Aufzeichnungen über die verschiedenen Themen zu vertuschen zu haben, denn anstatt den Versammelten die Bedeutung des 1. Mai zu erklären, ließ er eine Kanonade gegen die Gewerkschaften und deren Angestellte los. Den Herrn Gemeindevorsteher auf den Hornfehler aufmerksam zu machen, hielt ich für meine Pflicht.

Nunmehr streifte ich die Bedeutung des 1. Mai, gab den Beschluß der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften bekannt und betonte, daß die Feier des 1. Mai eine Selbstverständlichkeit sei. Ferner wird in besagter Notiz der „Freiheit“ behauptet, daß ich Gewerkschaftsbürokrat sei und daher die Führung mit den Massen verloren hätte. Dieser Anwurf wird durch die Tatsache widerlegt, daß ich bis zum 3. März d. J. in engster Fühlung mit den Massen war. Seit diesem Datum bin ich nämlich Angehöriger des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die Angestellten und Handelsgehilfen der Buch- Papier- und Druckerbranche

hielten in der Vorwoche eine stark besuchte Versammlung ab, in der Dr. Biermann über den Stand der Angestelltenbewegung eingehend berichtete. Er verbreitete sich besonders über die Frage des Mitbestimmungsrechtes. In dieser Angelegenheit hätte die Verhandlungskommission am Vortage eine bewilligende Erklärung abgegeben, die sie jedoch nach wenigen Stunden abzuschwächen versuchte. In den einzelnen Unternehmen sei die Stellungnahme sehr verschieden. Viele Arbeitgeber verträten noch unentwegt den Herrenstandpunkt, während andere Entgegenkommen zeigten. Im Zeitungsgewerbe habe die Vorwärts-Buchdruckerei das Mitbestimmungsrecht voll anerkannt. Die Firmen Woffe, Scherl und Illstein hätten sich ebenfalls entgegenkommend gezeigt, so daß man in diesen Betrieben mit einem befriedigenden Resultat rechnen dürfe. Bezüglich der Forderungen auf Neuregelung der Gehälter, auf die der Redner ausführlich einging, hätten die Unternehmervertreter Vorschläge gemacht, die so lächerlich gering seien, daß man sie beinahe als eine Verhöhnung bezeichnen müsse. Sollten sie sich nicht bald dazu bequemen, erheblich mehr soziales Verständnis zu zeigen, so könne man nicht darauf rechnen, mit Verhandlungen ein positives Resultat zu erzielen. Der Streik der Angestellten der Metallindustrie sei für die Angestellten aller Branchen von entscheidender Bedeutung. Es handle sich dabei um Sieg oder Niederlage der gesamten Angestelltenbranche. Aus diesem Grunde erscheine es geboten, dem Ruf der Streikleitung gegebenenfalls zu folgen und in allen Firmen in den Zustand zu treten.

In der sich anschließenden sehr ausgedehnten Aussprache wurde das Verhalten einzelner Firmen eingehend geschildert. Ein Vertreter der Angestellten der Firma Woffe berichtete über deren Angehörigen bezüglich des Mitbestimmungsrechtes, die von nachfolgenden Rednern und aus der Versammlung als völlig unbefriedigend bezeichnet wurden. Der Obmann des Angestelltenausschusses des Verlages Illstein berichtete, daß dort in dieser Beziehung schon seit geraumer Zeit weitgehend die Forderungen erfüllt seien. Alle Kündigungen usw. würden mit dem Angestelltenauschuss gemeinsam geregelt und diesem auch Einsicht in die Geschäftsbücher gegeben. Die Folge davon sei, daß in geheimer Abstimmung der Eintritt in den Streik mit großer Mehrheit abgelehnt worden sei. Trotzdem glaube er im Falle des Angestelltengeneralstreiks volle Solidarität zu leisten zu können, wenn der Streik bei allen Zeitungsbetrieben restlos durchgeführt würde. Für die Beendigung am Streik zeigte sich in der Versammlung durchwegs Stimmung, was auch in einer am Schluß angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht wurde.

Versammlungen am Donnerstag.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Abends 6 Uhr: Branchenversammlung der Metallarbeiter, Galvanisierer, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal). Tagesordnung: Vortrag über „Rückblick“. Diskussion: Verband- und Branchangelegenheiten. Verschiedenes. Ohne Mitteilungsblatt kein Zutritt.

Verband der Sattler und Portefeuliers. Abends 7 Uhr in „Boeters Reihallen“, Weidstr. 17: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. a. Wahl von drei Angestellten für die Berliner Verwaltung.

Gold- und Silberindustrie. Nachmittags 11. Zusammenkunft der Ausführenden (Ber- und Ober-Ausschuss) 7 Uhr bei Landré, Straßener Straße (am Rosenmarkt).

Arbeitervereinstadt Nord. Morgen Donnerstag, vormittags 10 Uhr, erhalten die Kollegen in folgenden Lokalen Informationen: Norden: Schul-Edle Nacht bei Vitz, Klein-Edle Granulstraße bei Schulz; Nordwesten: Birkenstraße bei Schneider, Rostocker Str. 27 bei Vitz; Osten: Schreiner-Edle Samariterstraße, Heidenfeld-Edle Oberstraße bei Koppel; Südwesten: Pustisamerstraße bei Vöhrich; Neustädten: Teltstraße bei Wende und Idealpassage; Charlottenburg: Dahlmannstraße bei Kuben, Bismarckstraße-Edle, Kaiser-Friedrich-Straße bei Jahn; Spandau: Seeburgstr. 2 bei Stella, Bismarckstr. 8 bei Steinmetz. Der Arbeiterklub, ges. Viller. Der Obmann, ges. Perlel.

Gesellschaftlicher Spandau. Heute Mittwoch, mittags 12 Uhr: Betriebsversammlung in den Germania-Sälen, Berlin, Ghansestr. 110.

Parteinachrichten.

Aus dem Parteivorstand.

Der Genosse Hermann Weinschild, der 18 Jahre Medalettur und Vorsitzender im Sattler- und Portefeuliersverband war, ist in das Bureau des Parteivorstandes berufen worden. Genosse Weinschild wird im Parteivorstand die Organisationsfragen bearbeiten.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiterjugend Groß-Berlin. Lichtenberg. Von heute ab finden regelmäßige Zusammenkünfte im Städtischen Jugendheim, Köpenickerstraße 106a, statt. Beginn 7 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Viktor Adler, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Gohs, Neustadt; für Anzeigen: Theodor Wiede, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Circula 1 Blatt.

Deutsche Literaturgeschichte.

Von Alfred Wiebe
I. Band: Von den Anfängen bis Herder. 44.00
II. Band: Von Goethe bis Moritz. 44.00
III. Band: Von Hebel bis zur Gegenwart. 44.00
Gotheliegant in Leinen gebunden

Das Delameron von Giovanni Boccaccio, eingeleitet von Hans Heinz Geyer, mit den Bilderwerken von Gumbert, Gotheliegant in Leinen gebunden 16.50

Erinnerungen aus galanter Zeit von Giacomo Casanova, illustriert von Horquid de Barent, eingeleitet von Hans Heinz Geyer, Gotheliegant gebunden 16.50

Die drohigen Geschichten des Herrn von Balzac mit den berühmten Bildern von Doré, Gotheliegant geb. 16.50

Glanz und Glend der Kurfilistin von Honoré de Balzac, illustriert von Karl Theodor Müller von Witz, mit Bildern von Ehrenberger, Gotheliegant gebunden 16.50

Ufenpiegel von Charles de Coster, ein lustiges Buch mit Tod und Leben, mit den berühmten Bildern von Kapp, Gotheliegant geb. 13.20

Mutter — Ein Mitternachtsroman von Gertrude von Seleny, illustriert von Engelhorn, Gotheliegant geb. 11.00

A. WERTHEIM

Versand-Abteilung Berlin W 66

Bücher erfolgreicher Autoren

Das Heptameron, die Erzählungen der Königin von Navarra, illustriert von Franz von Sauer, elegant gebunden 16.50

Prévost, die Liebesgeschichten der Nonne Lescaut mit den Bildern von Arthur Grunewald, in neuer Uebersetzung von Horst Brothmann, elegant gebunden 7.15

Grimmelshausen, Der abenteuerliche Simplicissimus, die Bilder von Ehrenberger, Gotheliegant gebunden 16.50

Die Hochzeitsreise von Charles de Coster, eine lustige Liebesgeschichte, Gotheliegant gebunden 8.25

Der Anterian, der neue Roman von Gertrude von Seleny, Gotheliegant gebunden 8.25

Zwei Menschen, Roman in drei Teilen von Olga Geyer, gebunden 8.80

Mirra, die Geschichte eines Lebens, die Geschichte eines Lebens, elegant gebunden 11.00

Der Löwe von Flandern, ein historischer Roman aus Belgien, von Gertrude von Seleny, elegant gebunden 8.25

Ettehard, ein großer illustrierter Roman, von J. D. Schell, eine Geschichte aus dem letzten Jahrhundert, Gotheliegant gebunden 13.20

Reinhard und seine Bühne, der Roman von Gertrude von Seleny, illustriert von Hofmann, elegant gebunden 9.35

Der große Raden, Roman von Olga Geyer, Gotheliegant gebunden 7.70

Die goldene Krone, Roman von Waghtrud, gebunden 6.60

Hotel Gigantic, Roman von Hellmut Philipp, geb. 6.60

Die Ehrenreife, Roman von Hellmut Philipp, geb. 7.70

Jugendliebe, Roman aus Mit-Berlin, von Hellmut Philipp, elegant gebunden 6.60

König Jerom's Karneval, die Geschichte eines galanten Helden, Gotheliegant gebunden 11.00

Unter den Bimbuchen, Roman von Gemma, gebunden 6.60

Die Novellen um Claudia, der neue Roman, illustriert von Hellmut Philipp, geb. 8.25

Friedrich Lobe, Roman von Gertrude von Seleny, geb. 6.60

Die Stürmer, der neue Roman von Alfred Schirmer, Gotheliegant gebunden 11.00

Bücher der Rose.

7 groß, format, Erinnerung eines fünfjährigen Jungen, elegant gebunden 3.30

Der Deutsche Malter im Jahre 1813, ein gelungener Dichtung, elegant geb. 3.30

Die Grotte aus acht Jahrhunderten, deutscher Dicht. Gedicht, von Hellmut Philipp, elegant gebunden 3.30

Vom letzten Leben, Goethe's Briefe 1790 bis 1892, Lebensgeschichte, verbunden, elegant gebunden 3.30

Seine Schwägerin, Roman von Marie Stahl, gebunden 6.60

Wilhelm von Humboldt im Verkehr mit seinen Freunden, eine neue Folge seiner Briefe mit Portraits, elegant gebunden 7.15

Die werdende Nacht, Roman von Otto von Gumbert, elegant geb. 6.60

Sven Sedin, von Pol zu Pol, Band I, Band um Polen, II. Durch Amerika zum Nordpol, III. Vom Nordpol zum Äquator, jeder Band gebunden 7.70

General Ludendorff: Kriegserinnerungen 1914-1918

erscheinen im Juni. Vorbestellungen erbeten

Groß-Berlin

„Freiheit“-Reklame.

Die „Freiheit“ versichert, daß ihre Leserschaft gewaltig zunehme und glaubt daraus schließen zu dürfen, daß der „Vorwärts“ im Rückgang sei. Die Schlussfolgerung ist falsch und der wirkliche Grund für die behauptete Zunahme der „Freiheit“-Leser liegt offenbar darin, daß die früheren Leser der „Roten Fahne“ jetzt in der „Freiheit“ Ersatz suchen. Diese ist somit, um ihre eigene Nebenweise anzudeuten, eine „Ahnenerbin des Belagerungszustandes“.

Das unabhängige Blatt erzählt dann seinen Lesern weiter eine rührende Geschichte, wie der „Vorwärts“ früher der Stolz der Berliner Arbeiterschaft gewesen, dann aber unter dem gegenwärtigen Kurse immer weiter heruntergekommen sei. Demgegenüber stellen wir fest, daß sich die „Vorwärts“-Leserschaft unter der früheren Redaktion mit rasender Geschwindigkeit verliert und daß sie im ersten Quartal 1919 rund dreimal so groß war, wie im letzten Quartal 1918. Ob die Berliner Arbeiter auf den „Vorwärts“ besonders stolz waren, wissen wir nicht, jedenfalls ergibt sich aus den Bildern, daß sie es damals nicht für notwendig hielten, ihn zu lesen.

Daß die „Freiheit“, indem sie auf alles und jedes sinnlos schimpft, den Geschnack mancher Leute trifft, wollen wir nicht bestreiten. Es gibt aber auch Hunderttausende von Arbeitern, die sich von solchem Treiben angeekelt abwenden. Und so bleibt auch dem „Vorwärts“ immer noch ein weites Rekrutierungsgebiet.

Die Zukunft der Spandauer Werkstätten.

Dr. A. B. verbreitet folgende Nachricht: Die „Freiheit“ brachte in ihrer Dienstag-Morgennummer eine Zuschrift, die behauptet, daß von der Reichsregierung beabsichtigt sei, die Spandauer Betriebe, in denen ein Volkvermögen von 600 Millionen Mark investiert sei, an Kapitalvermögen um einen Zehntel von einigen Silberlingen zu verschleudern.

Von zuständiger Seite wird uns hierzu erklärt: Es versteht sich von selbst, daß an dieser Nachricht kein wahres Wort ist. Die vorläufige Schließung der Spandauer Betriebe müßte befristet werden, da unter keinen Umständen noch länger die dort eingeriffene Verschleuderung von Reichsmitteln und insbesondere die Vergewaltigung von Rohstoffen geduldet werden konnte.

Was nun das fernere Schicksal der Spandauer Betriebe betrifft, so ist festzustellen, daß auf das sorgsamste darauf Bedacht genommen wird, die Betriebe wieder auf eine gesunde Basis zu stellen. Sobald dies erreicht ist, wird auch an die Sozialisierung der Betriebe herangetreten werden können. Schon jetzt aber wird die Umstellung der Betriebe auf Friedensarbeit so vorgenommen werden müssen, daß die Betriebe sich zum mindesten selbst erhalten, wenn schon das Reich im Interesse der in dem Betriebe untergebrachten Arbeiterschaft zunächst auf Vergütung und Amortisation verzichtet.

Bereits heute haben Verhandlungen mit Vertretern der Arbeitnehmer einerseits und mit bewährten Betriebsorganisationsvertretern andererseits stattgefunden, um die Reorganisations- und Sozialisierungsmaßnahmen für die Reorganisation der Spandauer Betriebe festzulegen. Diese Besprechungen werden noch fortgesetzt. Sobald ein Ergebnis vorliegt, werden die Spandauer Werkstätten zum mindesten wieder im Umfange der Friedenszeit eröffnet werden. Bis auf weiteres erhält die Arbeiterschaft, wie bereits mitgeteilt worden ist, in vollem Umfange den Lohn ausgezahlt.

(Die Spandauer Werkstätten beschäftigten in der Friedenszeit 13 000 Arbeiter; gegenwärtig sind dort 42 000 in Arbeit.)

Red. d. „F.“

Die Abfindung der Kriegsbeschädigten.

Das Kriegsministerium schreibt uns: „In Nr. 190 des „Vorwärts“ vom 13. April 1919 sind unter der Überschrift „Ungezogenheit“ unzutreffende Angaben über die Abfindung Kriegsbeschädigter gemacht. Weder ist die Löhnung von 10 M. auf 3 M. noch das Verpflegungsgeld von 27 M. auf 12,50 M. herabgesetzt worden.“

Ein Doppelgänger.

Erzählung von Theodor Storm.

„Was lachst du!“ sagte Wenzel; „es kann um Kopf und Kragen gehen!“

„Ich meinte nur, es sei das lustig der Spaß!“

Der andere richtete sich auf: „Ist dir dein Kopf so wohlfeil?“

„Nein, Wenzel; aber ich denk, er sitzt ziemlich fest. Erzähl nur, es ist profitabler!“

Sie rückten näher zusammen; ihr Reden wurde ein Flüstern; mitunter lief der eine auf den Deich und blickte scheinbar umher, aber keine Menschenseele ließ sich sehen. Die Dämmerung fiel herab, in diesem Dunkel kamen die beiden zurück und stiegen in den Keller hinab, wo noch halbtrunkenes Volk an den Tischen lärmte.

— Drei Tage nachher wurde unsere Stadt durch das Gerücht eines unerhörten Einbruchdiebstahls aufgeschreckt, und was an Polizei vorhanden war, hatte mit Arm und Bein zu tun. Das Erkertshaus am großen Markt, das der Exenator Quanzberger allein mit seinem alten Diener bewohnte, war der Schauplatz gewesen. Der alte hagere Herr, den man gebunden, mit einem Ankel in seinem zahnlosen Munde neben seinem Bett gefunden hatte, konnte viele Wochen nachher nicht seinen pünktlichen Spaziergang durch die Gassen machen, und viele Jungen mußten deshalb nicht mehr, was die Uhr sei, und kamen viel zu spät oder zu früh in die Schule, und als er ihn wieder antwort, fehlte unter seinem Arm der rotteidene Regenschirm und sein hoher Filzhut stützte auf der fuchsfarbenen Perücke. Am schlimmsten aber war es, daß bei seinem alten Nikolaus, der durch einen Schlag über den Schädel betäubt war, nur mit genauer Not noch Leib und Seele beieinandergebliebenen.

Das war es gewesen, was dem braven Soldaten John Janien eine sechsjährige Zuchthausstrafe und den Namen John Glückstadt eingetragen hatte. Seltsam war es, daß nach Publizierung des Urteils auch unter den städtischen Honoratioren von mancher Seite für den Verurteilten Partei ergriffen wurde; man hob hervor, daß er die goldene Uhr des Exenators, die ihm als Beuteanteil zugefallen war, schon am Tage nach der Tat einem jungen Weiber auf dem Wege als Konfirmationsgeschenk gegeben habe, was freilich dann zuerst der Anlaß zu seiner Verhaftung geworden war. „Schad um den Durschen“, sagten die einen, „daß er ein Spitzbube ge-

worden!“ Sieht er nicht aus, als hätte er General werden müssen?“ und die anderen erwiderten: „Freilich, doch mehr noch wie jene vornehmen Räuber, denen es weniger um den Gewinn als um den Sport dabei zu tun war.“

Aber John mußte desungeachtet in das Zuchthaus und war vorläufig dann vergessen.

Auch sechs Jahre im Zuchthaus vergehen endlich; aber voll hatte er sie abtun müssen, denn es war in während der Zeit im Lande wieder ein König gekrönt noch einer geboren worden. Als er, wie beim Soldatendienst, mit guten Zeugnissen entlassen war, kam er abermals in unsere Stadt, um sich nach Arbeit umzutun, aber man wollte den Zuchthäusler nicht; mehr noch war es um den Grimm und Trotz, der jetzt aus seinen dunklen Augen brach. „Der Mensch sieht gefährlich aus“, hieß es, „ich möchte in der Nacht ihm nicht allein begegnen!“

Endlich war es ihm gelungen. Zur Seite der erwähnten Vorderstraße strecken sich nordwärts, wo vor ein paar hundert Jahren der dreieinige-Golgen neben Bürgermeister Luthens Fischteich stand, große uneingezaunte Felder weit von der Stadt hinaus. Sie dienten damals einem vielgeschäftigen Bürger zum Rickorienbau, und die dazu gedummenen fünfzig oder sechzig Weiber und jungen Dirnen begannen eben auf der ungeheuren Fläche das Unkraut zwischen den Pflanzen auszusäen; vom Wege aus, der an der Stadt entlang lief, hörte man schon von weitem das Schwochen der Weiber wie einen Mühlbach rauschen; mitunter auch stieg daraus ein silberhelles Lachen in die Luft empor; dann wieder ward es plötzlich still; der Aufseher, der sich bei einem Trupp von Arbeiterinnen irgendwo am anderen Ende des Feldes aufgehalten hatte, war wieder zwischen sie getreten; er sprach nicht, er überließ nur einmal mit seinen finsternen Augen die ganze Schar.

Der Aufsichtsmann war John Glückstadt; man hatte ihn zu diesem Posten besonders tauglich gehalten, und da draußen auf dem Felde konnte's auch nicht gefährlich sein; überdies zeigte die Redemanna sich als richtig, denn noch niemals war das Unkraut so gründlich und so rasch verschwunden.

— Unter den Dirnen hatte ich eine, dieselbe, deren Lachen aus der Schar so hell hervorstrahlte, oft genug auf dem Hausflur meiner Eltern als Vettelmädchen an der Kellertreppe stehen sehen; sie schaute mich, wenn ich zufällig aus dem Zimmer trat, nur stumm mit ihren verlangenden braunen Augen an, und hatte ich einen Schilling in der Tasche, so zog ich ihn gewiß heraus und legte ihn in ihre Hand. Ich entsinne mich noch wohl, wie süß mir die Berührung dieser schmalen Hand tat,

auch daß ich nachher noch eine Weile stehenblieb und wie gebannt auf die Stelle der Treppe hinab sah, von der das Mädchen sich eben so schweigend wieder entfernt hatte.

Dem finsternen Aufsichtsmann, unter dem sie jetzt in ehrlicher Arbeit stand, mochte etwas Nehelndes mitspielen; er erstarrte sich darauf, daß er mitunter, statt den faulen Weibern auf die Finger zu weisen, das jetzt siebzehnjährige Mädchen mit seinen blauen verhängen. Sie mochte ihn dann wohl still mit ihren heißen Augen anschauen, denn sie war die Einzige, welche die seinen nicht fürchtete, und der Mann, in dessen Anblick ein Zug von Seelenleiden spielte, war vielleicht für solche Weiber der gefährlichste.

Aber eines ruhte noch hinzukommen. An der weiter von der Stadt liegenden Offseite des Ackers, wo die Arbeit schon vollendet war, befand sich jener verlassene Brunnen, neben dem schon seit undenklichen Jahren das Schinderhaus verschwunden war; um drei Pfähle bogen sich ein paar vermorjorte Bretter, die keinen Widerstand zu leisten vermochten. John Glückstadt kannte ihn wohl; der Brunnen war eng und an den Seiten mit Moos und einzelnen Pflanzenbüscheln bewachsen, durch die er vergebens mit seinen blauen den Boden zu erreichen gesucht hatte; aber tief mußte er sein, denn als John eines Abends über das leere Feld ging und im Vorbeigehen einen Stein hinwarf, dauerte es eine ganze Weile, bevor ein Ton wie ein harter Aufschlag sein Ohr erreichte. „Gott mag wissen, was da unten liegt“, murmelte der Mann; „Wasser nicht, vielleicht nur Kröten und Unzucht!“ Und er rührte unwillkürlich seine Beine, um rascher nach Hause zu gelangen.

Als er jetzt eines Morgens auf das Feld kam, wo gegenüber schon die Mehrzahl der Arbeiterinnen versammelt war, störte ihn eine Kröte aus seinem Weiten auf, daß er heute von Wette mit ins Freie genommen hatte; der Vogel war bei seiner Annäherung mit Gefräch von der verfallenen Brunnenrinne aufgeflogen; als John aber auf- und dann weiter hinausblühte, sah er die braune schwindige Dirne wie in blinder Angst mit erhobenen Armen auf den Brunnen zusträmen; ein anderes breitschulteriges Weib, das sich schon drei Kungfernsinder aufgeladen hatte, lief hinter ihr herein. Es hatte das Mädchen geredet, daß sie dem schmutzen Aufsichtsmann ihre Augen hinholte, er solle wohl hineinfallen; die anderen Frauensimmer hatten gelacht: „Frisch, Weib, vertreib den Fray seine Krötenküstel!“ Da war die Dirne zornig geworden und hatte dem Weibe so gründliche Wahrheiten zugeworfen, daß es mit der Unkrauthacke in der Faust wie toll hinter der Weidwüßigen herlief.

(Fortf. folgt.)

die Volkshochschule Groß-Berlin“ gegründet worden. Der Ausschuss will alle Bestrebungen zusammenfassen, die zur Errichtung einer Volkshochschule für Groß-Berlin im Gange sind und die Vorarbeiten mit größter Befleißigung in die Wege leiten. Den Vorsitz im Ausschuss führt Stadtrat Sassenbach.

Eine tägliche Antwort quält sich die von uns an den Verleumder-Pranger gestellte „Freiheit“ ab. Statt sich etwa dahin auszuwenden, daß sie die Verleumdung der „Vorwärts“ hege gegen die Arbeitlosen, leidet sie geradezu abgedruckt habe, faßt sie leere Phrasen. Solange sie der ihr peinlichen Wahrheit nicht die Ehre gibt, bleibt auf ihr die Brandmarkung sitzen.

Aus dem Reichs Ernährungsamt. Im Reichs Ernährungsministerium wurde eine besondere Stelle für Ausnahmeverteilung, Beratung von Geländen und Beförderungen geschaffen. Es ist damit beabsichtigt, unter möglicher Umgehung des langwierigen Amtsweges dem Publikum schnell die erbetenen Auskünfte zu erteilen. Mit dieser Einrichtung dürfte sehr vielen Wünschen, die bisher in der Presse und der Öffentlichkeit laut geworden sind, entsprochen werden.

In den erweiterten Vorstand des Reichs Ernährungsministeriums wurden Frau Elise Böhm-Königsberg und Fräulein Philippa Berlin berufen. Mit der Leitung des Frauenrats wurde Frau Müller-Deisterreich betraut. Die beiden letztgenannten Frauen sind Parteigenossinnen.

Das Stadion Grunewald wird im kommenden Sommer auch zu anderen als sportlichen Veranstaltungen gelegentlich frei gegeben werden. So ist außer den Mittwochskonzerten die Abhaltung von Rasenkonzerten und die Vorführung eines Kassenjuchstüdes mit Volkstänzen, Gesang und Aufzügen geplant.

Sozialistische Studenten-Partei. Der Diskussionsabend findet heute abend statt.

Rüberverein Vorwärts. Generalversammlung Donnerstag 7 Uhr im Bootshaus, Oberschöneweide, Wilhelmstrasse.

Neukölln-Brig. Freie Turnerschaft. Freitag, abends 8 Uhr: Eröffnung der Alters-Abteilung in der Turnhalle, Donaustrasse. Anhänger und Freunde der Turnschule, die das 33. Lebensjahr erreicht haben, sind herzlich willkommen.

Turnen der 6. Schülerinnen-Abteilung von jetzt ab jeden Montag von 6-8 Uhr, der 2. Frauen-Abteilung von 8-10 Uhr, Turnhalle, Weidnerstrasse.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Schöneberg. Zweite Ausgabe von Amerikanischem Mehl vom 24. bis 26. April (Doppelabgabe) 5, ohne Voranmeldung.

Nowawese. Heute von 8-1 Uhr in den Verkaufsstellen der Gemeinde Verkauf von Seelischen Nummern, auf die bis 1 Uhr nicht entnommen ist, werden ungültig, danach 1 Uhr freihändig verkauft wird.

Tegel. Gemeindevorstellung. Der Gesamtsatz schließt mit 8 975 100 M. ab. Kommunalfireurgeld 200 Proz., Grundsteuer 3 pro Mille für Beduete und 7 1/2 pro Mille für unbeduete Grundstücke. Gewerbesteuer 1. und 2. Klasse 400 Proz. Rünftig übernimmt bei Abschreibungen die Gemeinde die Kosten für Einbetten und einfache Schmückung der Grabhügel, Grabstellen, Einbetten und einfache Schmückung der Grabhügel, Grabstellen und Grabgegräbnisse fallen fort, also nur noch Rechengrößen zulässig. Für Volksschüler sollen Lernmittel frei gewährt werden, vorläufig 40 000 M. in Ansatz gebracht. Für öffentliche Gesundheitspflege 20 000 M. Geplant ist Anstellung eines beamteten Arztes, dem Unbemittelten- und Waisenfürsorge, Mütterberatung, Säuglingsfürsorge, Schullinder- und allgemeine Hygiene übertragen werden sollen. — Besoldungen der Beamten und Lehrer wurden bedeutend aufgebessert, der Groß-Berliner Taxis für Gemeindefahrer anerkannt. Mehrkosten für Besoldung und Löhne betragen rund 400 000 Mark. — Für Entschädigung des kommunalen Arbeiterrats sind 17 000 M. eingestellt. Neugewählte Schöffen, Halses, Trög (S. P. D.), Behermann und Schönfeld (U. S. P. D.) als befristet verpflichtet. Dadurch treten neu ein die Genossen Gorchert, Grotte, Spieh (S. P. D.) und Rahno und Petran (U. S. P.). Von insgesamt 28 Stimmen hat 11 S. P. D. und 9 U. S. P. — Zum Ankauf von Baumaterialien für geplante Siedlung von 70-80 Familien, heimstätten mit circa 300 Quadratmeter Garten 200 000 M. bewilligt. Mit größter Beschleunigung soll Bau von 3 Probefamilien betriebs werden. Für Errichtung einer Betriebswerkstatt für alle Reparaturen an Gemeindefahrern und Betrieben in eigener Regie 13 000 M. bewilligt. — Zur Erteilung unentgeltlichen Schwimmunterrichts an unbemittelte Schullinder dem Arbeiter-Schwimmverein „Delphin“ 300 M. bewilligt. Zur Unterbringung von Gemeindefahrern auf dem Lande 5000 M. vorgelesen. — Gefährter der oberen Beamten (Bürgermeister, Beigeordnete und Bauzwa) wurden neu geregelt und Lehrern an höheren und Volksschulen ruhegehaltsfähige

worden! Sieht er nicht aus, als hätte er General werden müssen?“ und die anderen erwiderten: „Freilich, doch mehr noch wie jene vornehmen Räuber, denen es weniger um den Gewinn als um den Sport dabei zu tun war.“

Aber John mußte desungeachtet in das Zuchthaus und war vorläufig dann vergessen.

Auch sechs Jahre im Zuchthaus vergehen endlich; aber voll hatte er sie abtun müssen, denn es war in während der Zeit im Lande wieder ein König gekrönt noch einer geboren worden. Als er, wie beim Soldatendienst, mit guten Zeugnissen entlassen war, kam er abermals in unsere Stadt, um sich nach Arbeit umzutun, aber man wollte den Zuchthäusler nicht; mehr noch war es um den Grimm und Trotz, der jetzt aus seinen dunklen Augen brach. „Der Mensch sieht gefährlich aus“, hieß es, „ich möchte in der Nacht ihm nicht allein begegnen!“

Endlich war es ihm gelungen. Zur Seite der erwähnten Vorderstraße strecken sich nordwärts, wo vor ein paar hundert Jahren der dreieinige-Golgen neben Bürgermeister Luthens Fischteich stand, große uneingezaunte Felder weit von der Stadt hinaus. Sie dienten damals einem vielgeschäftigen Bürger zum Rickorienbau, und die dazu gedummenen fünfzig oder sechzig Weiber und jungen Dirnen begannen eben auf der ungeheuren Fläche das Unkraut zwischen den Pflanzen auszusäen; vom Wege aus, der an der Stadt entlang lief, hörte man schon von weitem das Schwochen der Weiber wie einen Mühlbach rauschen; mitunter auch stieg daraus ein silberhelles Lachen in die Luft empor; dann wieder ward es plötzlich still; der Aufseher, der sich bei einem Trupp von Arbeiterinnen irgendwo am anderen Ende des Feldes aufgehalten hatte, war wieder zwischen sie getreten; er sprach nicht, er überließ nur einmal mit seinen finsternen Augen die ganze Schar.

Der Aufsichtsmann war John Glückstadt; man hatte ihn zu diesem Posten besonders tauglich gehalten, und da draußen auf dem Felde konnte's auch nicht gefährlich sein; überdies zeigte die Redemanna sich als richtig, denn noch niemals war das Unkraut so gründlich und so rasch verschwunden.

— Unter den Dirnen hatte ich eine, dieselbe, deren Lachen aus der Schar so hell hervorstrahlte, oft genug auf dem Hausflur meiner Eltern als Vettelmädchen an der Kellertreppe stehen sehen; sie schaute mich, wenn ich zufällig aus dem Zimmer trat, nur stumm mit ihren verlangenden braunen Augen an, und hatte ich einen Schilling in der Tasche, so zog ich ihn gewiß heraus und legte ihn in ihre Hand. Ich entsinne mich noch wohl, wie süß mir die Berührung dieser schmalen Hand tat,

auch daß ich nachher noch eine Weile stehenblieb und wie gebannt auf die Stelle der Treppe hinab sah, von der das Mädchen sich eben so schweigend wieder entfernt hatte.

Dem finsternen Aufsichtsmann, unter dem sie jetzt in ehrlicher Arbeit stand, mochte etwas Nehelndes mitspielen; er erstarrte sich darauf, daß er mitunter, statt den faulen Weibern auf die Finger zu weisen, das jetzt siebzehnjährige Mädchen mit seinen blauen verhängen. Sie mochte ihn dann wohl still mit ihren heißen Augen anschauen, denn sie war die Einzige, welche die seinen nicht fürchtete, und der Mann, in dessen Anblick ein Zug von Seelenleiden spielte, war vielleicht für solche Weiber der gefährlichste.

Aber eines ruhte noch hinzukommen. An der weiter von der Stadt liegenden Offseite des Ackers, wo die Arbeit schon vollendet war, befand sich jener verlassene Brunnen, neben dem schon seit undenklichen Jahren das Schinderhaus verschwunden war; um drei Pfähle bogen sich ein paar vermorjorte Bretter, die keinen Widerstand zu leisten vermochten. John Glückstadt kannte ihn wohl; der Brunnen war eng und an den Seiten mit Moos und einzelnen Pflanzenbüscheln bewachsen, durch die er vergebens mit seinen blauen den Boden zu erreichen gesucht hatte; aber tief mußte er sein, denn als John eines Abends über das leere Feld ging und im Vorbeigehen einen Stein hinwarf, dauerte es eine ganze Weile, bevor ein Ton wie ein harter Aufschlag sein Ohr erreichte. „Gott mag wissen, was da unten liegt“, murmelte der Mann; „Wasser nicht, vielleicht nur Kröten und Unzucht!“ Und er rührte unwillkürlich seine Beine, um rascher nach Hause zu gelangen.

Als er jetzt eines Morgens auf das Feld kam, wo gegenüber schon die Mehrzahl der Arbeiterinnen versammelt war, störte ihn eine Kröte aus seinem Weiten auf, daß er heute von Wette mit ins Freie genommen hatte; der Vogel war bei seiner Annäherung mit Gefräch von der verfallenen Brunnenrinne aufgeflogen; als John aber auf- und dann weiter hinausblühte, sah er die braune schwindige Dirne wie in blinder Angst mit erhobenen Armen auf den Brunnen zusträmen; ein anderes breitschulteriges Weib, das sich schon drei Kungfernsinder aufgeladen hatte, lief hinter ihr herein. Es hatte das Mädchen geredet, daß sie dem schmutzen Aufsichtsmann ihre Augen hinholte, er solle wohl hineinfallen; die anderen Frauensimmer hatten gelacht: „Frisch, Weib, vertreib den Fray seine Krötenküstel!“ Da war die Dirne zornig geworden und hatte dem Weibe so gründliche Wahrheiten zugeworfen, daß es mit der Unkrauthacke in der Faust wie toll hinter der Weidwüßigen herlief.

(Fortf. folgt.)

Gesellschaftsgelage gewährt. Regierung soll zur Aufhebung des Belagerungszustandes aufgefordert werden. Für Reichs- und Grundbesitzungsbesitzer wird Schöffe Haffes (S. P. D.), für Erwerbungsamt Schöffe Behner (S. P. D.) bestimmt. Beide auf Privatdienstvertrag übernommen. — Um der allgemeinen Unruhe zu steuern und auch für die Polizisten den Schiffsdienst durchzuführen, sollen 10 Hilfspolizisten aus Arbeiterkreisen angestellt werden.

Niederhauhausen, Gemeindevertretung. Am 1. Mai werden sämtliche Schulen, Bureaus und Gemeindefunktionen geschlossen. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen liegen durch den Gewonnen Biesner folgende Erklärung abgeben: „Nachdem in der letzten Sitzung die Schöffen erklärt haben, daß sie sich nur der Rechenschaft fügen werden, erklären die beiden Fraktionen, daß sie, wenn die Schöffen den gesuchten Wünschen nicht Rechnung tragen, sie diese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werden.“ Die Demokraten erklärten, daß sie es für gerät und erforderlich halten, daß die Sozialdemokratie von den 6 Schöffenposten 3 überlassen werden. Kunze erklärte die unbedingten Schöffen, ihre Kammer wiederzugeben. Der befohlene Schöffe Baurat Schulz will aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amt zurücktreten und beantragte seine Pensionierung zum 1. Oktober. Der Arbeitslosenrat wurde nach längerer Debatte anerkannt.

Spandau, Stadterordnetenversammlung. Den Antrag unserer Genossen: „Der Magistrat solle Vorbereitungen treffen, um die Ausübung von Neu- bzw. Umbauarbeiten für die Stadt vom 1. 10. ab in eigene Regie zu übernehmen“, begründete Genosse Konitzer damit, daß die Wohnungsnot durch die private Bauwirtschaft nicht gelindert werden könnte. Die Bauarbeiter sind bereit, sich der Stadt zur Verfügung zu stellen, damit diese notwendigen Bauten nicht liegen bleiben. In der Aussprache befürwortete der Bürgerliche Dr. Bismarck, daß die Bauten erheblich verteuert würden. Man sollte den Stand der Bauunternehmer aus, wodurch die Stadt einen großen Steuerertrag erleiden würde. Stadtkämmerer Elkart führt aus, der Antrag entspringe dem tiefinnerlichen Wunsch der Arbeiter, ihre Lage besser zu gestalten. Gegebenenfalls müsse etwas. Er empfiehlt, weil dazu große und wichtige Vorarbeiten erforderlich sind, Überweisung an eine Kommission. Die Versammlung stimmt zu. Zur Errichtung eines Denkmals für den Ehrenfriedhof werden 50.000 M. gefordert. Die Unabhängigen wollen nur zustimmen, wenn auf dem Ehrenfriedhof nicht nur die Opfer des Krieges, sondern auch die Opfer der Revolution beerdigt werden. Es wird ihnen anheimgestellt, einen solchen Antrag einzubringen, für den auch unsere Genossen sich bereit erklären, stimmen zu wollen. Die Vorlage wird angenommen. — Als erste Rate der vom Wohnungsausschuss Groß-Berlin geforderten Umlage von 27.915.500 M. werden 185.500 M. bewilligt. Spandau hat nach dem schlechtesten Vertei-

lungspfad insgesamt 554.182 M. beizutragen. — Die Anstellungsbedingungen für den 2. Bürgermeister 12.000 M. Anfangs- und 16.000 M. Endgehalt, sowie für den Stadtkämmerer 11.000 M. Anfangs- und 14.000 M. Endgehalt, werden bewilligt. Die Stellen werden sofort ausgeschrieben. — Ein Nachtrag zur Friedhofsanordnung und zum Gebührenverzeichnis wird zurückgegeben, um die Erhöhungen der Gebühren für die ärmere Bevölkerung zu ermäßigen und die anderen entsprechend zu erhöhen. Genosse Dariusz kündigt an, daß man für den nächstjährigen Friedhofetat die Inrentenpflicht des Bestattungswesens und den Wegfall der Inrentenpflicht der Grabstellen beantragen werde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

31. Abt. Mitteladlerversammlung Donnerstag, 7. Uhr, in der Schulhaus, Schönleber Str. 7. Tagesordnung: 1. Vortrag; 2. Diskussion; 3. Verschiedenes.

Charlottenburg. Donnerstag, Sitzung der Gruppenführung und Parteifunktionäre im Saal 4 des Rathauses.

12. Abt. Sitzung. Donnerstag, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Gemeindefunktionäre, 123. Vortrag des Genossen Barth. Referent des „Nordwest“ und Anwalts.

Centralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Bezirk Köpenick. Donnerstag, 24. April 1919, in der Aula des Bismarck-Gymnasiums, Pfalzburger Str. 30/31: Dessenitische Versammlung. Vortrag: Direktor der Deutschen Reichsbahn, Referent: Dr. L. Holz (S. P. D.) und Fritz Halle (S. P. D.). Sozialdemokraten, erhebt in Köpenick.

Nichtenberg. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, in der Aula der Volkshochschule, 11 (Kammelsburg): Generallerversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Rollenbericht; 2. Wahl der Beiratsleitung; 3. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission; 4. Verschiedenes. Um 6 Uhr in derselben Aula: Funktionärssitzung.

Tirau. Sitzung des Wahlkreises, Sonntag, 7. Uhr, bei Dollendorf.

Friedrichshagen. Heute, 7 1/2 Uhr, bei Dorn, Bringenallee 35 Versammlung.

Friedrichshagen. Heute, 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in Schulz' Bierhallen, Friedrichstr. 22.

Gerichtszeitung.

Die Sache gegen Lebeheur soll in der Schourgerichtsstagung, die am 28. d. M. beginnt und 14 Tage dauern wird, zur Verhandlung kommen. Sie wird erst im Mai an die Reihe kommen. Da man auch die Strafsache Däumig damit verbunden worden ist und eine große Anzahl von Zeugen zu vernehmen ist, wird die Verhandlung einen gewissen Umfang annehmen.

Nach 6 1/2-jähriger Unterdrückung entlassen. In dem Strafverfahren gegen den seit dem Jahre 1913 in Unterdrückung befindlichen Terrainspezialisten Schiffmann sollte am 17. März Termin vor dem Reichsgericht in Leipzig ansetzen. Der Termin mußte aufgehoben werden, da der Referent plötzlich verstarb. Da Jahre vergehen würden, ehe ein neuer Richter sich mit dem viele die Hände füllenden Material vertraut machen kann, Schiffmann sich in seiner 6 1/2-jährigen Unterdrückung eine Erkrankung des Herzens erlitten hat, wurde ihm ein neuer Richter zugewiesen, der von den Rechtsanwältinnen Dr. Bruno Jägg und Ludwig Wendig der Antrag gestellt worden, ihn auf Haftfähigkeit zu untersuchen. Nachdem der Gerichtsarzt Dr. Marx und der Referent Dr. Marx übereinstimmend die Haftfähigkeit des S. bejaht hatten, ist Schiffmann gestern aus der Unterdrückung entlassen worden.

Aus aller Welt.

Verhaftung des Kobacher Mädchenmörders.

Koburg, 22. April. (Z. U.) Der Kobacher Mädchenmörder wurde in der Person des 29-jährigen ehemaligen Schauspielers Lichtenburg in seiner Wohnung im Dorke Alleen verhaftet und in das Koburger Gefängnis gebracht. Er hat reuellos eingestanden, das Kind ermordet, die Leiche zerstückelt und 18 Pfund Fleisch an drei Stellen verkauft zu haben. Ein halbes Pfund habe er selbst roh verzehrt.

Eisenbahnunfall. Bei Beuthen (Oberschlesien) fuhr ein Güterzug an diesem infolge Überfahrens des Haltesignals auf die Rangierabteilung Bahndorf Groß-Stredlitz auf. Getötet wurden der Schaffner Richter und der Güterhelfer Rahnke. Verletzt der Zugführer Mohlo und Heizer Schieda, sämtlich aus Oppeln.

Briefkasten der Redaktion.

Unterl. 8719. Können Sie beim Berliner Einwohnerversammler an...
H. S. Weis 3. Auskunft gibt Sternmarke Krepton. Aufpassen ungenügend.
Schmeidecke 40. Beantworte Sie beim Amtsgericht unter Grundbuchnummer 100. Beantworte Sie die Einleitung der Zwangsversteigerung und fordern Sie von dem Gläubiger ebenfalls unter Grundbuchnummer des Eigentumsrechtes zur Freigabe unter Stellung einer Forderung auf. Erfolgt die Freigabe nicht, müssen Sie Intervention einlegen. — G. W. 100. Das könnte gegen das unklare Verbotswort verfallen. — C. L. 2. Nur Vermögen über 4000 Mark. — G. H. J. Lichtenberg. Eine allgemeine gesetzliche Vorschrift gegen Verkaufsverweigerung besteht nicht. Ob eine tarifliche Vereinbarung vorliegt, erfahren Sie bei Ihrer beruflichen Organisation, dem Polizeiarbeiterverband, dem beizutreten wir empfehlen. —

Opernhaus
Tristan und Isolde.
Anfang 6 Uhr.

Schauspielhaus
Othello.
Anfang 7 Uhr.

Volkshöhle
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: Luther.

Deutsches Theater.
7 Uhr: Wie es euch gefällt.
Donnerstag 7 Uhr: Faust I.
Kammeroper.

Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.
Donn. 7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Königsplatz
Direktion C. Meinhart-R. Bernauer
7 1/2 Uhr: Fünf Frankfurter.
Donnerstag: Musik.
Freitag: Fünf Frankfurter.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
7 1/2 Uhr: Erdgeist.
Donnerstag zum 25. Male:
Der Feldherrngeist.
Freitag: Erdgeist.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Sterne,
die wieder leuchten.

Theater der Friedrichstraße
7 1/2 Uhr: Die Dame ohne Titel.
Donn. 7 1/2 Uhr: Die Dame ohne Titel.
Freitag: Die Dame ohne Titel.

Trianon-Theater.
Blf. Friedrichstr. 27, 427, 231
Nachm. 7 1/2 Uhr kleine Preise:
Rokkoppchen.

Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sb. 7 1/2 Uhr: Scherzweibchen.

Residenz-Theater.
Untergrund, Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Das höhere Leben.
Von Hermann Sudermann.
Spielleitung: Alfred Rötter.
Eugen Burg, Kaiser-Titz,
Hans Arnsperg, Olga Limburg,
Rosa Valenti, Luana Debnar,
Paul Diller, Jul. Falkenstein.
Donn. 4 Uhr: Rokkoppchen.
Freitag 4 Uhr: Scherzweibchen.

National-Theater. 7 1/2
Die Kinopuppe.

Theater a. Kotbuser Tor
(fr. Sanssouci) Kottb. Str. 6
Abends 7 1/2 u. Sonntag
nachmittags 3 Uhr:

Elite Sänger
ehemalige Mittelgl. d.
Stettiner Sänger

Seldel, Rusch, Horst, Grünig,
Schubert, Wess, Rathke,
Otto Schneider, Rudi Schrader.

Blüthen-Konzert. Beginn
7 Uhr.
Sonntags nachm. 3 Uhr.
Vorverkauf 11-1 Uhr.
Teleph. Moritzplatz 14814

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Die Iphig.
Donnerstag: Der Blauduchs.
Freitag: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theater.
7 1/2 Uhr: Nachtschlachtang.
Donnerstag: Der Schöpfer.
Freitag: Der Schöpfer.

Central-Theater
Kommendantenstraße 37.
7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.
Deutsches Opernhaus

7 Uhr: Der Zigeunerbaron.
Friedr.-Wilhelms-Theater

Das Dorf ohne Glocke.
Kleines Theater.

7 1/2 Uhr: Kummelblättchen.
Komische Oper

7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmadel.
Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.
Metropol-Theater.

7 Uhr 10: Die Faschingslee.
Neues Operettenhaus

Schiffbauerd. 42, Norden 281.
7 1/2 Uhr: Die kausche Susanne.

Palast-Theater
3 Uhr: Wallenstein Tod.

7 Uhr: Christus.
Schiller-Theat. Charl.

3 Uhr: Wilhelm Tell.
7 1/2 Uhr: Sappho.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Zur wilden Hummel.

Th. am Nollendorfsplatz
3 1/2 Uhr: Faust I. Teil.

7 Uhr: Wo die Lerche singt.
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: Madame Sherry.
Wallner-Theater

7 1/2 Uhr: Geisha.
Casino-Theater.

Sobbing. Str. 37. Tel. 9, 11 Uhr:
Soll Februar auf d. Solistion

Vater Knolle.
Berliner Volkstheater in 3 Akten.
Berche selbst. Spezialführer.
Sonntag 9 1/2: Man! sei 10h.

Rose-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Stärker als der Tod.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Der Jäger aus Kurplatz.

Luisen-Theater.
Berlin-
Königs-
New York.
Jugend.
Von Max Halbe

Circus Busch
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 9 1/2 u. 7 1/2

Wunderwelt
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 9 1/2 u. 7 1/2

Ein Fest nach dem Stiergeleit

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein

7. April 7 1/2
Variété-Programm

3 Dardins
Universalakt

Egos
ultrakle Dackelspiele

4 Karleys
Schleuderbr.-Aurob.

Kara
Weltmeister der Jonglierkunst

Georg
der fallende Mensch

Ein Seitensprung
m. Lucie Blattner.

Paschke
einarm. Klaviervirt.

Barten
Tanzschonungen.

2 Hainigos
Equilibristen.

Sonnt. 9 1/2, U. jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Admiral-Palast.
Täglich 7 1/2 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr

Die neuen Ballette.
im Gespensterloß

Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Revue

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Variété-Spielplan

Rauchen gestattet!

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reklame
Drucksachen
Buchdruckerei und
Paltsadenstr. 103

Anfertigung sämtl.
Drucksachen

ALRAUNE
Nach dem Roman von
Hanns Heinz
Ewers

Nicht zu verwechseln
mit 6. bereits ander-
wärts gezeigten Film
gleichen Namens!

Nur bei uns
„Alraune“
v. Hanns Heinz Ewers

MARMORHAUS
Dir. Sieghart Goldschmidt

Die große Sensation!

Ehrenkarten haben
keine Gültigkeit.

Vorverkauf 11-1 Uhr.

4, 5, 7, 9, 30

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Nähe Kurfürstendamm
Günstigste neue Wohnhaus
mit 3 bis 5 Zimmerwohnungen
mit allem erbaulichen Komfort
besuchen, ist an schnell sub-
stanzreichen Käufer innerhalb
10 Tagen Miete
für 400.000,- M. verfügbar.
Langfristige Hypotheken,
Geldbesitz, erforderlich.
Irr. Schmidt Sohn,
Leipziger Str. 112 C. Rosenf.
Str. 12990-3 und 3000.

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Prachtsäle des Westens
Spieghersstr. 8
(Untergrundbahnhof
Nürnbergplatz)

Gr. Ball
Jeden Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag
und Sonntag;

Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.

Kaffee u. Konditorei Prager Platz
Am Prager Platz 48. Inh.: J. Erber.
Eigene Konditorei — Wiener Küche

Täglich 5-Uhr-TEE
nachmitt. u. abds. in- u. ausl. Tagesbl. i. groß. Ausw.

Peltzer Grill
Hermann Peltzer

WEIN-RESTAURANT

Neue Wilhelmstr. 5
Nähe Unter den Linden. Zentrum 11 017.

Annahme für Vorwetten
Rennen zu

Berlin-Karlshorst: 27. April

Berlin-Grunewald: 30. April

Mannover: 23. April

München-Riem: 27. April

Hamburg-Horn: 27. 28. April

Trabrennen zu

Straubing: 27. 28. April.

Annahme von Vorwetten für Berlin bei persön-
lich erteilten Aufträgen bis 3 Stunden vor dem ersten
programmäßig angesetzten Rennen. Für auswärtige
Plätze nur am Tage vor den Rennen bis 7 Uhr abends:
Schadowstr. 8 parterre, Kurfürstend-
damm 254, Bayerischer Platz 9, Eing.
Innsbrucker Str. 53, Oranienburger Str.
48-49 (an der Friedrichstraße), Schiff-
bauerdamm 19 (Kommission f. Trabrennen),
an den Theaterkassen der Firma A. Wertheim
Leipziger Str. 122 Tauentzienstr. 12a
(nur wochent. geöffnet) Rathenower Str. 3
Nollendorfsplatz 7 Königsr. 21/22

Für briefliche u. telegraphische Aufträge, Annahme
bis 3 Stunden vor Beginn des ersten programmäßig
angesetzten Rennens

nur Schadowstr. 8.
Am Wochentage vor den Rennen werden Wetten
bis 7 Uhr abends angenommen.

Reichelt

Lebensmittel
60 Zweig-Geschäfte.

Die Nacktheit!

Annahme für Vorwetten
Rennen zu

Berlin-Karlshorst: 27. April

Berlin-Grunewald: 30. April

Mannover: 23. April

München-Riem: 27. April

Hamburg-Horn: 27. 28. April

Trabrennen zu

Straubing: 27. 28. April.

Annahme von Vorwetten für Berlin bei persön-
lich erteilten Aufträgen bis 3 Stunden vor dem ersten
programmäßig angesetzten Rennen. Für auswärtige
Plätze nur am Tage vor den Rennen bis 7 Uhr abends:
Schadowstr. 8 parterre, Kurfürstend-
damm 254, Bayerischer Platz 9, Eing.
Innsbrucker Str. 53, Oranienburger Str.
48-49 (an der Friedrichstraße), Schiff-
bauerdamm 19 (Kommission f. Trabrennen),
an den Theaterkassen der Firma A. Wertheim
Leipziger Str. 122 Tauentzienstr. 12a
(nur wochent. geöffnet) Rathenower Str. 3
Nollendorfsplatz 7 Königsr. 21/22

Für briefliche u. telegraphische Aufträge, Annahme
bis 3 Stunden vor Beginn des ersten programmäßig
angesetzten Rennens

nur Schadowstr. 8.
Am Wochentage vor den Rennen werden Wetten
bis 7 Uhr abends angenommen.

Reichelt

Lebensmittel
60 Zweig-Geschäfte.

Die Nacktheit!

Annahme für Vorwetten
Rennen zu

Berlin-Karlshorst: 27. April

Berlin-Grunewald: 30. April

Mannover: 23. April

München-Riem: 27. April

Hamburg-Horn: 27. 28. April

Trabrennen zu

Straubing: 27. 28. April.

Philharmonie. Donnerstag, 24. April, 7 1/2 Uhr
Sachtes Konzert

HUBERMAN
Am Klavier: Paul Frenkel.

Ausverkauf.

Wiederholung: Philharmonie.
Freitag, 25. April, 7 1/2 Uhr:

Beethoven: Son. A-Dur (Kreutzer); J. S. Bach:
Adagio u. Fuge; Tschaiowsky, Schubert-
Wilhelmy, Wieniawski

Karten (populäre Preise): 4, 3, 2, 1, 50 M. b. Bote &
Bock, Wertheim, Abendk.

Film-Palast
Kellers Festsäle, Kopenstr. 29

Heute

Das Kaviar-Mäuschen

Film-Operette in sechs Akten.

Hauptrollen: Dora Krach, Josefina Dora, Jean Paul,
Alfred Lüscher vom Metropol-Theater

unter persönlicher Mitwirkung von
10 namhaften Sängern u. Sängerinnen

sowie das glänzende Beiprogramm. Anfang 5 u. 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf: täglich 11-1 vorm. 4-6 Uhr nachm.

!!! Geld !!!
Für jede Westliche. Große An-
zahlpreise für Wanduhren,
Perlenketten, Goldschmuck,
Teppiche, Bücher usw. Welt
Friedrichstr. 41 III, Gde. Rauch

Rauchtabak
(Rein Ertrag), garantiert echte
reiner Blatttabak, 20 Päckchen
zu 22, 100 Päckchen zu 200
Zigarren: 100 Stk. zu 60, 200 Stk.
zu 120, 300 Stk. zu 180, 400 Stk.
zu 240, 500 Stk. zu 300
zur Probe je 2 Päckchen zusammen
10 Stück zu 10,-

L. Manheimer, Berlin
Bergmannstr. 1 (nahe Kreuzberg)

Möbel-Fabrik A. S. Ball
Berlin W. Potsdamer Str. 27a.

**Ruher-Wohnungs-Einrichtung in Ulm. Durchführungs-
3 Zimmer u. Küche insgesamt M. 10.290,-**

Schlafzimmer
eigenes reich geputzt.
1 Bett mit ... zu 200,-
1 Schreibtisch zu 150,-
1 Stuhl zu 50,-
mit 4 Stühlen zu 600,-
6 Stühle gepolst.
mit Gobelin
begut. u. 90,- zu 340,-
komplett zu 500,-

